

Stenographisches Protokoll

über die

6. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 10. Oktober 1913.

Inhalt:

Ansprache des Landeshauptmannes anlässlich der Fortsetzung des Landtages.

Nachrufe anlässlich des Ablebens der Abgeordneten Rudolf Freih. v. Mahr-Melnhof, Otto Erber, Emil Kunz und Franz Robitz.

Angelobungen.

Beurlaubungen.

Konstituierung des Finanz-Ausschusses.

Rückziehung von Landtagsvorlagen.

Petitionen.

Auflage.

Erklärung des Abg. Dr. Korösec, betreffend die Rückziehung von Anträgen und Interpellationen.

Anfrage der Abgeordneten Wolfbauer, Werba, Capra und Genossen an den Statthalter, betreffend Erlassung einer neuen Polizeiordnung.

Antrag der Abg. Riemer, Tomasič und Genossen, betreffend die Einführung einer allgemeinen Landes-Viehversicherung.

Antrag der Abgeordneten Johann Krenn und Genossen wegen ehester Durchführung des Landtagsbeschlusses vom 9. November 1908 bezüglich der Erlangung von Baugewerben unter erleichterten Bedingungen für das flache Land.

Antrag der Abgeordneten Riegler und Genossen hinsichtlich Entschädigung bei Rauf- und Mißbrand-Unfällen.

Antrag der Abgeordneten Brandl, Riemelmoser, W. Franz, Dr. v. Raan und Genossen betreffs der Erhöhung der Tarife auf den k. k. Staatsbahnen bei Ausfuhr von Rundholz.

Antrag der Abgeordneten Wastian, Reger, Ornič und Genossen, betreffend die Errichtung eines staatlichen landwirtschaftlichen Lehrer-Fortbildungskurses an der Landes-Obst- und Weinbauschule in Marburg.

Antrag der Abgeordneten Brandl, Riemelmoser und Genossen betreffs des Hausstrunkes für die landwirtschaftliche Bevölkerung in den Alpenländern.

Zuweisung von Vorlagen des Landes-Ausschusses, und zwar:

1. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1909 und des Voranschlages für das Jahr 1911 des allgemeinen steiermärkischen Schullehrer-Pensionsfonds (Beilage Nr. 23);

2. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1910 und des Voranschlages für das Jahr 1912 des allgemeinen steiermärkischen Schullehrer-Pensionsfonds (Beilage Nr. 24);

3. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Zuerkennung der Witwenpension nach dem für Witwen nach Staatsbeamten der V. Rangsklasse festgesetzten Ausmaße an die Witwe des Oberlandrates Dr. Heinrich Casper (Beilage Nr. 27);

4. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Veräußerung eines im Eigentume des Landes stehenden Grundstreifens an den Bezirk Knittelfeld zum Zwecke der Verbreiterung der Gaaler Bezirksstraße 2. Klasse (Beilage Nr. 31);

5. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Zuerkennung einer Pension für die Frau Wilhelmine Posset, Kulturingenieurs-Witwe (Beilage Nr. 47);

6. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend den Verkauf von landschaftlichen Grundstücken in der Katastralgemeinde Weng an die k. k. österreichischen Staatsbahnen für Zwecke der Stationserweiterung in Glatteboden (Beilage Nr. 49);

7. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die demselben in der I. Session der X. Landtagsperiode zugewiesenen Petitionen:

a) Nr. 11 des Volksschullehrers i. R. Anton Terstenjak in Pettau, um Erhöhung der Pension;

b) Nr. 25 des Lehrers und Schulleiters Franz Saltsch in Baierdorf, um Dienstzeiteinrechnung;

c) Nr. 55 des Oberlehrers Ludwig Kováč in Aussen, um Dienstzeiteinrechnung;

- d) Nr. 76 des Lehrers i. R. Josef Artner in Gleisdorf um Anrechnung der vor dem Jahre 1871 an der Volksschule in Rugenmoos (Oberösterreich) zugebrachten Dienstzeit für die Pension;
- e) Nr. 11 des Oberlehrers Anton Skupec in Wisell um Einrechnung der an der Privatvolksschule der Glasfabrik in Gottschee zugebrachten Dienstzeit;
- f) Nr. 6 des Ferdinand Schiller, definitiven Lehrers in Graz, um gnadentweise Zuerkennung der II. Dienstalterszulage;
- g) Nr. 115 des Johann Hertl, Oberlehrers an der Knabenvolksschule in Gnau, um Nachsicht einer Dienstzeitunterbrechung;
- h) Nr. 59 des Traugott Rubin, Fachlehrers in Graz, um Dienstzeiteinrechnung;
- i) Nr. 127 des Peter Spari, Schulleiters in Sommereben, um Anrechnung provisorischer Dienstjahre;
- k) Nr. 182 der Marie Rodermann, Arbeitslehrerin in Störz, um Dienstzeiteinrechnung;
- l) Nr. 338 des Karl Treidl, definitiven Lehrers in Graz, um Dienstzeiteinrechnung;
- m) Nr. 446 des Alois Pujnigg, Oberlehrers in Tragöb-Großdorf, um Dienstzeiteinrechnung;
- n) Nr. 503 der Laura Bluhme, Arbeitslehrerin in Unter-Premstätten, um Nachsicht einer Dienstzeitunterbrechung (Beilage Nr. 53);
8. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend einen Grundtausch mit dem k. k. Arrar anlässlich des Baues einer eisernen Gussbrücke bei der Bahnstation Groß-Meißling (Beilage Nr. 56);
9. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Gewährung von Gnadengaben an Witwen und Waisen nach landschaftlichen Beamten, Lehrpersonen und Dienern (Beilage Nr. 90);
10. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Gewährung von Gnadengaben, beziehungsweise von Gnadenspensionen, an gewesene Lehrpersonen und deren Hinterbliebenen (Beilage Nr. 109) an den Finanz-Ausschuß.
11. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Prüfung von Ergänzungswahlen für den steiermärkischen Landtag (Beilage Nr. 25) an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.

Beginn der Sitzung 11 Uhr 10 Minuten vormittags.

Vorsitzender: Landeshauptmann Erzellenz Edmund Graf Attems.

Schriftführer: Die Abgeordneten Dr. Eugen Negri und Dr. Karl Verstovšek.

Von Seite der Regierung anwesend: Se. Erzellenz Statthalter Manfred Graf Clary und Aldringen.

Landeshauptmann: Hohes Haus! Mit dem Allerhöchsten Patente vom 7. Oktober laufenden Jahres hat Se. Majestät der Kaiser den seit 4. Februar 1912 vertagten steiermärkischen Landtag zur Wiederaufnahme seiner Tätigkeit einzuberufen geruht.

Die Herren Abgeordneten, hievon verständigt, haben sich zu der für den Beginn der heutigen Sitzung angesetzt Zeit nahezu vollständig in diesem hohen Hause versammelt. Ich kann daher die Beschlussfähigkeit konstatieren und die sechste Sitzung dieser Session für eröffnet erklären.

(Die Versammlung erhebt sich.)

Meine sehr geehrten Herren! Seitdem wir das letztemal hier beisammen waren, hat der Landtag vier seiner Mitglieder verloren. Der Reihenfolge nach, in der sie von dieser Erde abberufen worden sind, werde ich mir erlauben, einige Worte treuer Erinnerung über dieselben zu sprechen.

Am 13. Mai 1912 verschied in Graz Herr Landtagsabgeordneter Rudolf Freiherr v. Mahr-Melnhof, vom steiermärkischen Großgrundbesitz in den Landtag gewählt. Freiherr v. Mahr-Melnhof war in diesem Hause ein sehr tätiges Mitglied, der in den Vollsitzungen und in den Ausschusssitzungen sich vielfach beschäftigt hat. Er hat außer dem steiermärkischen Landtage auch noch anderen autonomen und sonstigen Körperschaften angehört, wie der Bezirksvertretung Leoben, der Gemeindevertretung St. Peter-Freienstein, der Handels- und Gewerbekammer in Leoben. Er übernahm es auch, der Berufung des Landtages in das Kuratorium der Berg- und Hüttenschule zu folgen, und so war Freiherr v. Mahr-Melnhof nicht nur im Landtage, sondern auch vielfach in anderer Weise im allgemeinen Interesse eifrig bemüht, zu wirken. Alle, die mit ihm zusammen arbeiteten, werden in treuer Erinnerung an seine Leistungen ihm ein dauerndes Angedenken bewahren.

Am 4. September 1912 verstarb zu Graz Herr Abgeordneter Otto Erber, der gleich dem vorher besprochenen Herrn Abgeordneten Freiherrn v. Mahr-Melnhof durch mehr als zehn Jahre dem Landtage angehört hatte, in demselben sehr eifrig sich betätigte und nicht nur im Landtage, sondern auch in seinem Heimatbezirke und in seiner Heimatgemeinde an dem öffentlichen Leben in erfolgreicher Weise sich betätigt hat. Auch ihm bewahren wir ein treues Angedenken.

Am 25. Jänner 1913 verstarb der Herr Abgeordnete Emil Kunz, der vom Städtewahlbezirk

Judenburg in das hohe Haus entfendet war. Er gehörte demselben seit dem Jahre 1906 an und war im hohen Hause und in den Ausschüssen vielfach beschäftigt. Auch er hat seine Tätigkeit im öffentlichen Leben nicht nur auf den hohen Landtag beschränkt, sondern auch in seinem Wohnorte sich mit Gemeindeangelegenheiten eifrig beschäftigt. Auch ihm wollen wir ein treues Gedenken bewahren.

Am 28. August 1913 verschied zu Marburg der Herr Abgeordnete und Landes-Ausschuß-Beisitzer Franz Robitz, welcher dem steiermärkischen Landtage seit dem Jahre 1891, dem Landesauschusse seit dem Jahre 1896/97 angehörte.

Die Tätigkeit des Herrn Landes-Ausschuß-Beisitzers in diesem hohen Hause und im Landes-Ausschusse ist gewiß noch in Ihrer aller lebhafter Erinnerung. Im Landes-Ausschusse beschäftigte sich derselbe hauptsächlich mit der Fürsorge für das Landes-Taubstummen-Institut in Graz und für die Krankenhäuser außerhalb Graz. Das Taubstummen-Institut übernahm er als eine in einem Neubau untergebrachte Anstalt in ziemlich entsprechender Ausgestaltung und war bemüht, die Anstalt nicht nur auf der Stufe zu erhalten, auf der er sie übernommen, sondern auch, soweit ihm die Möglichkeit geboten wurde, sie weiter zu fördern. Auch in Bezug auf die Verwaltung der Krankenhäuser am Lande hatte Herr Landes-Ausschuß Robitz viele Erfolge zu verzeichnen. Die Krankenanstalten am Lande waren nicht alle auf der Stufe, welche die moderne Medizin von einer öffentlichen Heilanstalt verlangt. Manche Anstalten mußten in vielfacher Beziehung verbessert und vervollständigt werden.

Auf allen diesen Gebieten hat Herr Landes-Ausschuß-Beisitzer Robitz eine große Tätigkeit entwickelt und vielfache Erfolge erzielt. Auch sein Wirken in diesem hohen Hause und im Landes-Ausschusse sowie auch seine Tätigkeit zur Förderung der Landwirtschaft wird von uns allen in treuer Erinnerung gehalten werden.

Meine Herren! Sie haben sich zum Zeichen Ihrer Zustimmung der von mir veranlaßten Trauerkundgebung von Ihren Sitzen erhoben, und ich nehme das zum Beweise dafür, daß es mir gestattet sei, von dieser Trauerkundgebung im amtlichen Protokolle Erwähnung tun zu dürfen.

Ich habe dem hohen Hause mitzuteilen, daß infolge des Ablebens des Herrn Landes-Ausschuß-Beisitzers Robitz dessen Erbkamm Herr Professor

Dr. Karl Verstovšek in den Landes-Ausschuß eingetreten ist.

Es hat sich aber noch eine weitere Veränderung im Landesauschusse vollzogen, indem Herr Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. Leopold R. v. Link aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat zurückgelegt hat und an dessen Stelle Herr Abgeordneter Dr. Edler v. Raan in den Landes-Ausschuß eingetreten ist. Gestatten Sie mir auch, des Ausscheidens des Herrn Landes-Ausschuß-Beisitzers Dr. R. v. Link in kurzen Worten Erwähnung zu tun und ihm den Dank auszusprechen für die vielfache und erfolgreiche Tätigkeit, die er im hohen Hause und im Landes-Ausschusse entwickelt hat. (Beifall.)

Ich habe nunmehr zur Angelobung der neu eingetretenen Mitglieder zu schreiten.

Es sind dies die Herren Abgeordneten Sr. Magnifizenz Dr. Seuffert, Herr Abgeordneter Johann Dermutz, Herr Abgeordneter Freiherr v. Moscon, Herr Abgeordneter Agidius Dpitz, Herr Abgeordneter Dr. Gottlieb Tunner und Herr Abgeordneter Dr. Richard Winter.

Ich werde die Herren bitten, über Namensaufruf an die Tribüne heranzutreten und die Angelobung in meine Hände zu leisten. Nach § 7 der Geschäftsordnung lautet die Angelobungsformel (liest):

„Die Landtagsabgeordneten haben bei ihrem Eintritte in den Landtag dem Kaiser Treue und Gehorsam, Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten in die Hände des Landeshauptmannes an Eidesstatt zu geloben.“

Ich bitte die Herren, sich zu mir zu bemühen und mit Handschlag zu sprechen: „Ich gelobe!“

(über Namensaufruf leisten die Angelobung: Sr. Magnifizenz Prof. Dr. Seuffert, Johann Dermutz, Freih. v. Moscon, Agidius Dpitz, Dr. Gottlieb Tunner und Dr. Richard Winter.)

Es hat sich an mich gewendet der Herr Abgeordnete Julius Hilari mit der Anzeige, daß er erkrankt sei und an den Sitzungen des hohen Hauses nicht teilnehmen könne. Der Herr Abgeordnete Graf Karl Stürgkh hat einen Urlaub für die Dauer dieser Session in Anspruch genommen, weil er wegen Amtsgeschäften verhindert ist, sich nach Graz zu begeben.

Die Herren, welche Sr. Erzellenz dem Herrn Abgeordneten Grafen Karl Stürgkh für diese Sitzungsperiode, die wir jetzt begonnen haben, Urlaub gewähren wollen, bitte ich, sich von ihren Sitzen

zu erheben. (Geschicht.) Der Urlaub ist bewilligt.

Ich habe bekanntzugeben, daß mir in der 5. Sitzung dieses hohen Hauses mitgeteilt worden ist, daß der Finanz-Ausschuß sich konstituiert hat.

Zum Obmann wurde Herr Abgeordneter Freih. v. Kellersperg, als Obmann-Stellvertreter die Herren Abgeordneten Erber und Huber, und zu Schriftführern die Herren Abgeordneten Einspinner, Pferschy und Prisching gewählt. Unter den Funktionären des Finanz-Ausschusses befindet sich auch der Herr Abgeordnete Erber, von dessen Hinscheiden ich schon früher dem hohen Hause Mitteilung gemacht habe. Ich möchte daher die Herren vom Finanz-Ausschusse bitten, in dieser Beziehung eine Ergänzungswahl vorzunehmen.

Es steht noch aus die Konstituierung des Weinbau-Ausschusses und die Konstituierung des aus Mitgliedern des Finanz-Ausschusses und des Gemeinde-Ausschusses kombinierten Ausschusses. Ich möchte daher bitten, daß diese Konstituierung vorgenommen werden möge. Von den im hohen Hause aufliegenden Landtagsvorlagen sind über Antrag des Landes-Ausschusses folgende zurückzuziehen, und zwar sind das zumeist Vorlagen, die im Laufe der Zeit überholt worden sind durch Maßnahmen, die in dem Belange getroffen worden sind, auf das sie sich beziehen.

Es ist dies:

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Radmer im Gerichtsbezirke Eisenerz um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 170 Prozent im Jahre 1912, Beilage Nr. 54;

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Rot im Gerichtsbezirke Gonobitz um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 195 Prozent im Jahre 1912, Beilage Nr. 65;

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Marktgemeinde Rankowitz im Gerichtsbezirke Voitsberg um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 160 Prozent im Jahre 1912, Beilage Nr. 66;

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Wefowitz im Gerichtsbezirke Gonobitz um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 173 Prozent im Jahre 1912, Beilage Nr. 67;

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Wefina im Ge-

richtsbezirke Gonobitz um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 162 Prozent im Jahre 1912, Beilage Nr. 68;

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Padeschberg im Gerichtsbezirke Gonobitz um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 193 Prozent im Jahre 1912, Beilage Nr. 75;

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Tragöß im Gerichtsbezirke Bruck a. d. Mur um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 192 Prozent im Jahre 1912, Beilage Nr. 76;

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Feistenberg im Gerichtsbezirke Gonobitz um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 180 Prozent im Jahre 1912, Beilage Nr. 77;

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde St. Lambrecht im Gerichtsbezirke Neumarkt i. St. um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer über die 70prozentige, für das Jahr 1912 in der Ortsgemeinde St. Lambrecht zur Einhebung gelangende Gemeindeumlage hinausgehenden weiteren 90prozentigen Gemeindeumlage für den Markt St. Lambrecht für das Jahr 1912, Beilage Nr. 78;

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Marktgemeinde Neumarkt in Steiermark im gleichnamigen Gerichtsbezirke um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 160 Prozent im Jahre 1912, Beilage Nr. 96;

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Kleinlobming im Gerichtsbezirke Knittelfeld um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 188 Prozent im Jahre 1912, Beilage Nr. 97;

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Niederöblarn im Gerichtsbezirke Föding um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 164 Prozent im Jahre 1912, Beilage Nr. 98;

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Laak im Gerichtsbezirke Tüßler um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 170 Prozent im Jahre 1912, Beilage Nr. 99;

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Landeshauptstadt Graz um Bewilligung zur Leistung von Bürgschaften für Bau-

darlehen, Beilage Nr. 80 — weil die Stadtgemeinde auf die weitere Behandlung Verzicht geleistet hat;

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Zuerkennung des Charakters der VIII. Rangsklasse an die Titular-Rechnungsräte Julius Schuch und Johann Hofner und den Titular-Landesliquidator Gustav Ritter v. Purgay, Beilage Nr. 87 — weil die Herren inzwischen im Vorrückungswege diese Rangsklasse erreicht haben;

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen des Bezirkes Oberwölz um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Bezirksumlage von 80 Prozent für das Jahr 1912, Beilage Nr. 100;

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die Befreiung der in der Stadtgemeinde Marburg ausgeführten Bauten von der Entrichtung der Gemeindeumlagen auf die Hauszinssteuer, Beilage Nr. 6 — weil die Stadtgemeinde auf die weitere Behandlung des Gegenstandes Verzicht geleistet hat.

Ich bitte das zur Kenntnis zu nehmen.

Hohes Haus! Zufolge Ablebens, beziehungsweise Mandatniederlegung, sind folgende Nachwahlen erforderlich, und zwar:

die Wahl eines Landes-Ausschuß-Beisitzers an Stelle des Herrn Dr. Leopold Ritter v. Zink;

die Wahl eines Landes-Ausschuß-Beisitzers an Stelle des Herrn Robitz;

Die Wahl eines Mitgliedes in den Finanz-Ausschuß statt des Herrn Erber;

die Wahl von drei Mitgliedern in den Unterrichts-Ausschuß statt der Herren Erber, Robitz und des seinerzeit in Vertretung der Universität hier erschienenen Rektors Dr. Hauke;

die Wahl eines Mitgliedes in den Petitions-Ausschuß an Stelle des Herrn Kunz;

die Wahl eines Mitgliedes in den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten an Stelle des Herrn Kunz.

Ich habe nun diese Wahlen dem Hause verkündet, damit die Herren sich über die Stellungnahme zu denselben besprechen können, und erlaube mir, gleich zu bemerken, daß ich die Absicht habe, die Ersatzwahlen auf die Tagesordnung der morgen stattfindenden Sitzung zu stellen.

Ich habe nun eine Anzahl von Petitionen zur Zuweisung zu bringen.

Dem Finanz-Ausschusse beantrage ich zuzuweisen (liest):

„Petition Nr. 315, des österreichisch-ungarischen Hilfs-Vereines in Machen, um eine Subvention. (Überreicht durch Abg. v. Feyrer.)“

„Petition Nr. 316, der Maria Kofol, Schulleiterswitwe in Gills, um Erhöhung ihrer Witwenpension. (Überreicht durch Abg. Stallner.)“

„Petition Nr. 317, der Maria Breßer, Oberlehrerswitwe in Gills, um Erhöhung der Witwenpension. (Überreicht durch Abg. Stallner.)“

„Petition Nr. 318, der Lehrerinnen der französischen Sprache an den öffentlichen Bürgerschulen in Steiermark, um Erhöhung und Regelung ihrer Bezüge. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenholz und Welich.)“

„Petition Nr. 319, der Luise Weigl, Arbeitslehrerin in St. Georgen und Prethal bei Obdach, um eine Abfertigung. (Überreicht durch Abg. Brandl.)“

„Petition Nr. 320, des Heinrich Reinstadler, Oberlehrers in St. Marein bei Knittelfeld, um Nachsicht der Verpflegskosten für seine in der Landes-Irrenanstalt Feldhof befindliche Frau. (Überreicht durch Abg. Brandl.)“

„Petition Nr. 321, des Unterstützungs-Fondes der deutschen Universitäts-Studenten in Graz, um eine Subvention für das Jahr 1911. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenholz.)“

„Petition Nr. 323, der Antonie Danner, Oberlehrerswitwe in Graz, um eine Tenerungszulage. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenholz.)“

„Petition Nr. 324, der Pensionisten der steierm. Landesbürgerschulen, um Erhöhung ihrer Bezüge. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenholz.)“

„Petition Nr. 325, der Hermine Sivek, geschiedenen Lehrersgattin in Graz, um Belassung ihrer bisherigen Gnadenpension von jährlich 450 K. (Überreicht durch Abg. Albert Horvath.)“

„Petition Nr. 326, des Anton Dampfhofer, landschaftlichen Amtsdieners in Graz, um Pensionierungsveranlassung. (Überreicht durch Abg. Freih. v. Kellersperg.)“

„Petition Nr. 327, des Franz Brenk, landschaftlichen Schuldieners an der Landes-Bürgerschule in Voitsberg, um Einrechnung seiner als Aushilfsaufseher und provisorischer Aufseher in der Landes-Zwangsarbeitsanstalt zu Messendorf zugebrachten Dienstzeit. (Überreicht durch Abg. Freih. v. Kellersperg.)“

„Petition Nr. 328, des akademischen Konzepts-personales des Landesbauamtes, um Verbesserung der Vorrichtungsverhältnisse. (Überreicht durch Abg. Sedlaczek.)“

„Petition Nr. 329, der Christine Wohlfinger, gewesenen Küchenbediensteten des Allgemeinen Krankenhauses in Graz, um eine monatliche Unterstützung. (Überreicht durch Abg. Dr. Buchas.)“

„Petition Nr. 330, der Theresia Weissensteiner, Lehrerswitwe in Graz, um einen Erziehungsbeitrag für ihre vier Kinder. (Überreicht durch Abg. v. Ritter-Jahony.)“

„Petition Nr. 333, der Töchterkurse und der gewerblich-Privat-Fortbildungskurse für Mädchen in Graz, um eine Subvention. (Überreicht durch Abg. Anton Otter.)“

„Petition Nr. 334, des Vereines für Höhenkunde in Österreich in Graz, um eine Subvention von 500 K. (Überreicht durch Abg. Einspinner.)“

„Petition Nr. 335, der Karoline Grahek, def. Lehrerin an der Volksschule in Nichtenwald, um gnadenweise Vollenrechnung der Unterlehrjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 337, des Franz Krajnc, def. Lehrers an der Umgebungsschule in Gills, um Einrechnung aller definitiven Dienstjahre bei Verleihung der III. Alterszulage. (Überreicht durch Abg. Dr. Rukovec.)“

„Petition Nr. 338, des Armin Gradišnik, def. Oberlehrers in Gills, um Einrechnung der Unterlehrjahre bei Verleihung der V. Alterszulage. (Überreicht durch Abg. Dr. Rukovec.)“

„Petition Nr. 339, des Unterstützungs-Vereines für dürftige und würdige Hörer der k. k. Hochschule für Bodenkultur in Wien, um eine Subvention für das Studienjahr 1911/12. (Überreicht durch Abg. Brandl.)“

„Petition Nr. 341, des steierm. Bienenzucht-Vereines, um Zuweisung der in den Vorjahren getrennt bewilligten Subventionen pro 1912 und um finanzielle Unterstützung der vom 1. bis 9. Oktober 1910 abgehaltenen bienenwirtschaftlichen Ausstellung. (Überreicht durch Abg. Franz Grafen Attm.)“

„Petition Nr. 342, des slowenisch-österreichischen Bienenzucht-Vereines in Schleinitz bei Gills, um eine Subvention von 1000 K für eine zu veranstaltende Bienenzucht-Ausstellung. (Überreicht durch Abg. Dr. Benkovič.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungs-Antrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheinen diese Petitionen als dem Finanz-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

Die nunmehr zur Verlesung gelangenden Petitionen beantrage ich, dem Petitions-Ausschusse zur Vorberatung zuzuweisen (liest):

„Petition Nr. 322, der Elise Grepenitz, Lehrerswitwe in Gonobitz, um Gewährung des Fortbezuges der Witwenpension. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 336, der Anna Ortwein, geb. Reichsgräfin Galler, in Graz, um Erhöhung ihrer Gnadengabe. (Überreicht durch Abg. Freiherrn v. Kellersperg.)“

„Petition Nr. 340, der Pauline Wihernitz, Lehrerswitwe in Laaf bei Steinbrunn, um Gewährung des Fortbezuges der Gnadenpension. (Überreicht durch Abg. Stollner.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungs-Antrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheinen diese Petitionen als dem Petitions-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

Die nunmehr zur Verlesung gelangenden Petitionen beantrage ich, dem Eisenbahn-Ausschusse zur Vorberatung zuzuweisen (liest):

„Petition Nr. 331, der Marktgemeinde Arnfelds, um Förderung des Baues der Eisenbahnlinie Marburg—Wies. (Überreicht durch die Abg. Wastian und Fessler.)“

„Petition Nr. 332, der Pfarrinassen von Heiligengeist am Osterberge, um Förderung des Bahnbaues Marburg—Wies. (Überreicht durch Abg. Schweiger.)“

„Petition Nr. 343, mit 37 Petitionen von Gemeinden der Gerichtsbezirke Fürstenfeld und Gleisdorf, um Unterstützung und Förderung des Projektes für eine normalspurige Lokalbahn von Gleisdorf über Glz nach Fürstenfeld. (Überreicht durch Abg. Perschy.)“

„Petition Nr. 344, des Arbeits-Ausschusses für die Bahnverbindung Gleisdorf—Glz—Fürstenfeld, um Unterstützung und Förderung des Unternehmens. (Überreicht durch Abg. Perschy.)“

„Petition Nr. 345, der Marktgemeinde Arnfelds, betreffs Förderung des Baues der Marburg-Wieser Bahn. (Überreicht durch Abg. Fessler.)“

„Petition Nr. 346, der Gemeinden Sankt Georgen a. d. Pöbniß, Platsch, Ober-St. Kunigund, Speisenegg, Sulztal, Wörtischberg und der dortigen Interessenten, um Förderung des Baues der Eisenbahn Marburg—Wies. (Überreicht durch Abg. Roskar.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungs-Antrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheinen diese Petitionen als dem Eisenbahn-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

Weiters habe ich zu verkünden, daß in der 5. Sitzung folgende Beilagen aufgelegt, aber nicht zur Verkündung gebracht worden sind, und zwar:

Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Gerlich, Einspinner und Genossen auf Übernahme der in Hartberg bestehenden Mädchen-Bürgerschule auf den Landesfond. (Beilage Nr. 198.)

Antrag der Abgeordneten Anton Otter und Genossen auf Gewährung einer Teuerungszulage an die Lehrerpensionisten. (Beilage Nr. 199.)

Antrag der Abgeordneten Anton Otter und Genossen, betreffend den Beitrag zur Bestreitung der Beerdigungskosten einer im Ruhestande verstorbenen Lehrperson. (Beilage Nr. 200.)

Antrag der Abgeordneten Bastian und Genossen in Betreff der Erlassung eines Landesgesetzes zum Schutze der Kunst- und Naturdenkmäler in Steiermark. (Beilage Nr. 201.)

Antrag der Abgeordneten Bastian, Reger und Genossen wegen des Baues einer Bahn von Marburg nach Wies. (Beilage Nr. 202.)

Antrag der Abgeordneten Pfersch, Einspinner und Genossen in Angelegenheit einer Bahnverbindung von Gleisdorf über Mz nach Fürstenfeld zum Anschlusse an die bereits bestehende Bahn Fürstenfeld—Hartberg. (Beilage Nr. 203.)

Antrag der Abgeordneten Pfersch, Einspinner und Genossen in Angelegenheit der Errichtung einer ungeteilten Pflicht-Bürgerschule in der Stadt Feldbach. (Beilage Nr. 204.)

Antrag der Abgeordneten Brečko und Genossen, betreffend den Notstand in den Bezirken St. Marein bei Erlachstein und Rohitsch. (Beilage Nr. 205.)

Antrag der Abgeordneten Roskar und Genossen, betreffend die Fortsetzung der Pöbniß-Regulierung in der Baustraße II, Sektion 3. (Beilage Nr. 206.)

Antrag der Abgeordneten Brandl und Genossen, betreffend Zuerkennung einer lebenslänglichen

Gnadengabe an Leopold Strohmaier, praktischen Arzt in der Gemeinde Spielberg. (Beilage Nr. 207.)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Sedlacek, Seidler und Genossen betreffs der Wildbachverbauung im Gebiete des Laintal-, Bößgraben- und Bordenbergerbaches und der Erbauung eines Entlastungskanales in Trofaiach. (Beilage Nr. 208.)

Antrag der Abgeordneten Kollegger, Resel und Genossen, betreffend die Erstellung einer Dienstpragmatik, Arbeitsordnung und eines Vorrückungsschemas für Bedienstete und Arbeiter der steiermärkischen Landesbahnen, analog den übrigen großen österreichischen Eisenbahnen. (Beilage Nr. 209.)

Protokoll über die 1. Sitzung der II. Session der X. Landtagsperiode des steiermärkischen Landtages am 16. Jänner 1912.

Heute wurden aufgelegt:

Verzeichnis der Mitglieder des steiermärkischen Landtages vom Jahre 1913.

Alphabetisches Verzeichnis der Mitglieder des steiermärkischen Landtages vom Jahre 1913.

Protokoll über die 2. Sitzung der II. Session der X. Landtagsperiode des steiermärkischen Landtages am 19. Jänner 1912.

Protokoll über die 3. Sitzung der II. Session der X. Landtagsperiode des steiermärkischen Landtages am 23. Jänner 1912.

Protokoll über die 4. Sitzung der II. Session der X. Landtagsperiode des steiermärkischen Landtages am 25. Jänner 1912.

Protokoll über die 5. Sitzung der II. Session der X. Landtagsperiode des steiermärkischen Landtages am 30. Jänner 1912.

Stenographisches Protokoll über die 1. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 16. Jänner 1912.

Stenographisches Protokoll über die 2. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 19. Jänner 1912.

Stenographisches Protokoll über die 3. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 23. Jänner 1912.

Stenographisches Protokoll über die 4. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 25. Jänner 1912.

Stenographisches Protokoll über die 5. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 30. Jänner 1912.

Weiters an Beilagen:

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Petition Nr. 80, ex 1910, des Aufsichtspersonales der Landes-Zwangsarbeits- und Besserungs-Anstalt Messendorf um Gleichstellung der Bezüge mit jenen der Aufsichtsorgane in den k. k. Strafanstalten, um Erhöhung des Taggeldes der Aufhülfsaufseher

sowie um Erleichterung im Nachtdienste und Sonntagsdienste. (Beilage Nr. 189.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Landeshauptstadt Graz um Bewilligung zur Forteinhebung eines 40prozentigen Zuschlages zur staatlichen Verzehrungssteuer. (Beilage Nr. 195.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die nachträgliche Genehmigung für die Gewährung einer Gnadenpension an den Haupt-Schubführer Johann Winkler und die Haupt-Schubführerswitwe Anna Winkler sowie einer Bezugserhöhung für die Haupt-Schubführer David Holzmann und Karl Ruppfer. (Beilage Nr. 211.)

Antrag der Abgeordneten Schwab und Genossen, betreffend die endliche Verbaunung, beziehungsweise Regulierung des Ennsflusses in der Strecke Stein a. d. Enns—Obfarn. (Beilage Nr. 212.)

Antrag der Abgeordneten Anton Kern und Genossen, betreffend die Abänderung des § 75 der Schulgesetznovelle vom 2. Mai 1883, R.-G.-Bl. Nr. 53. (Beilage Nr. 213.)

Antrag der Abgeordneten Karzler, Schwab und Genossen, betreffend die Verbesserung der Lage der in landschaftlichen Diensten stehenden Holzarbeiter. (Beilage Nr. 214.)

Antrag der Abgeordneten Riemer, Tomafschitz, Göllies und Genossen, betreffend die Vergütung der durch Impf-Kotlauf gefallenen Schweine. (Beilage Nr. 215.)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Ivan Benkovič, Dr. Jančovič und Genossen, betreffend die Subventionierung der Entwässerungsgenossenschaft in Groß-Obrež-Kapellen (Serešlavc). (Beilage Nr. 216.)

Antrag der Abgeordneten Dr. R. Veršovšek und Genossen, betreffend die Regulierung der Mißling im Windischgrazer Bezirke. (Beilage Nr. 217.)

Antrag der Abgeordneten Dr. Benkovič und Genossen, betreffend die Einführung der geheimen Wahl für die Stadtgemeinde Gili und Pettau. (Beilage Nr. 218.)

Antrag der Abgeordneten Dr. Benkovič, Pišek und Genossen, betreffend die Behebung der permanenten Hochwassergefahr im Gerichtsbezirke Mann. (Beilage Nr. 219.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Stainach im Gerichtsbezirke Jrdning um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 155 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 220.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Migen im Gerichtsbezirke Jrdning um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 160 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 221.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Donnersbach im Gerichtsbezirke Jrdning um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 161 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 222.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Teilung der Ortsgemeinde Wies. (Beilage Nr. 223.)

Antrag der Abgeordneten Wolfbauer, Werba, Capra und Genossen auf Abänderung des Gesetzes vom 10. Oktober 1905, L.-G.-Bl. Nr. 105, betreffend Einhebung von Gemeindeumlagen. (Beilage Nr. 224.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Einach im Gerichtsbezirke Murau um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 260 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 226.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Landeshauptstadt Graz um Bewilligung zur Forteinhebung einer Abgabe für Wein, Weinmost und Weinmaische. (Beilage Nr. 227.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Badeschberg im Gerichtsbezirke Gonobitz um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 274 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 237.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Peterdorf im Gerichtsbezirke Oberwölz um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 154 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 238.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die Abänderung der von der Kompetenz zur Bewilligung der Einhebung von Gemeindezuschlägen zu den direkten Steuern handelnden Bestimmungen des Gesetzes vom 10. Oktober 1905, L.-G.- u. B.-Bl. Nr. 105. (Beilage Nr. 239.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend Systemisierung einer Dienerstelle an der Landes-Kunstschule. (Beilage Nr. 240.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Errichtung eines Gewerbegerichtes in Subenburg. (Beilage Nr. 243.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Landeshauptstadt Graz um Genehmigung der Überlassung eines der Stadtgemeinde gehörigen Grundstückes für die Erbauung der II. Staatsrealschule. (Beilage Nr. 244.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend das Armenwesen im Jahre 1910. (Beilage Nr. 245.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Marktgemeinde Obdach im gleichnamigen Gerichtsbezirke um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 230 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 246.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Lind im Gerichtsbezirke Neumarkt in Steiermark um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 170 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 247.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Rechnungsabchlusses über die Verwaltung der steiermärkischen Landesfonde im Jahre 1911. (Beilage Nr. 248.)

Voranschlag der steiermärkischen Landesfonde für das Jahr 1913. (Beilage Nr. 249.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Rechnungsabchlusses für das Jahr 1911 und des Voranschlages für das Jahr 1913 des allgemeinen steiermärkischen Schullehrer-Pensionsfondes. (Beilage Nr. 250.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Systemisierung der Stelle einer Haus-haltungslehrerin an der Landesschule für Apwirtschafft Grabnerhof. (Beilage Nr. 251.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Trattenberg im Gerichtsbezirke Mureck um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 200 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 252.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses betreffs Einreihung des Landes-Revisors für Vor-schufklassen und landwirtschaftliche Genossenschaften Johann Anton Grafen v. Zedtwitz ad personam in die X. Rangsklasse. (Beilage Nr. 254.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Donnersbachwald im Gerichtsbezirke Srdning um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 174 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 255.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Prüfung von Ergänzungswahlen für den steiermärkischen Landtag. (Beilage Nr. 256.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Rechnungsabchlusses für das Jahr 1912 und des Voranschlages für das Jahr 1914 des allgemeinen steiermärkischen Schullehrer-Pensionsfondes. (Beilage Nr. 257.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses betreffs Dienstzeiteinrechnung für Josef Peter, Fachlehrer an der Landes-Ackerbauschule Grottenhof. (Beilage Nr. 258.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Graden-Piber im Gerichtsbezirke Voitsberg um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 250 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 260.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Ratten im Gerichtsbezirke Virkkfeld um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 240 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 261.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen des Bezirkes Mariazell um Er-teilung der Bewilligung zur Einhebung einer Be-zirksumlage von 72 Prozent für das Jahr 1913. (Beilage Nr. 263.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Kleinlobming im Gerichtsbezirke Knittelfeld um Erteilung der Be-willigung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 183 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 264.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Radmer im Ge-richtsbezirke Eisenerz um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 198 Pro-zent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 265.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Hirschegg-Nein im Gerichtsbezirke Voitsberg um Erteilung der Be-willigung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 230 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 266.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Hirschegg-Piber im Gerichtsbezirke Voitsberg um Erteilung der Be-willigung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 215 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 267.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Rot im Ge-richtsbezirke Gonobitz um Erteilung der Bewilligung

zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 197 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 268.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Wefina im Gerichtsbezirke Gonobitz um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 175 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 269.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Sulzbach im Gerichtsbezirke Oberburg um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 160 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 270.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die Einführung von Gemeindevermittlungsämtern. (Beilage Nr. 271.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Gewährung einer Subvention aus Landesmitteln für die Erbauung einer Wasserleitung in St. Lorenzen im Mürztale. (Beilage Nr. 273.)

Voranschlag der steiermärkischen Landesfonde für das Jahr 1914. (Beilage Nr. 274.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Rechnungsabchlusses über die Verwaltung der steiermärkischen Landesfonde im Jahre 1912. (Beilage Nr. 275.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend den Ankauf des Schagergutes in Weng und den Verkauf des Kernauergutes sowie der Grabnerwiese in Weng. (Beilage Nr. 276.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses zum Gesetzentwurfe, betreffend die Erhöhung der Landesaufgabe auf den Verbrauch von Bier. (Beilage Nr. 277.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Verteilung von unverzinslichen Weingartendarlehen. (Beilage Nr. 279.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend Errichtung einer Haushaltungsschule für Bauerntöchter mit slowenischer Unterrichtssprache in St. Georgen an der Südbahn. (Beilage Nr. 280.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Bewilligung einer außerordentlichen Gnadengabe an die Taubstummenlehrers-Witwe Coszina Taucher und einer Gnadengabe an die Taubstummenlehrers-Waise Johanna Groß, geborene Rügler. (Beilage Nr. 281.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Zuerkennung einer Gnadenpension an den gewesenen Verwalter des allgemeinen öffentlichen Krankenhauses Bruck a. d. Mur, Ferdinand Bera-

net, betreffend die Erhöhung der Gnadenpension für die Spitalverwalters-Witwe Anna Tartler und betreffend die Erhöhung der gnadenweise bewilligten Erziehungsbeiträge für die Kinder nach dem verstorbenen Krankenhausverwalter Friedrich Noßbacher. (Beilage Nr. 282.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses in Angelegenheit der Ausgleichung der Bezirksstraßenkosten. (Beilage Nr. 283.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Schaffung einer zweiten Extra-Stelle für die VII. Rangsklasse im Landes-Sekretariate. (Beilage Nr. 284.)

Die Rechenschaftsberichte des Landes-Ausschusses für die Jahre 1911 und 1912.

Ich habe nunmehr jene Interpellationen und Anträge zur Verlesung zu bringen, welche mir in der 5. Sitzung des hohen Hauses übergeben worden sind.

Vorher hat sich zur Geschäftsbehandlung zum Worte gemeldet der Herr Abg. Dr. Korosec; ich erteile demselben das Wort.

Abg. Dr. Korosec (A. B. Marburg): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Infolge der geänderten Situation sehe ich mich veranlaßt, Eure Excellenz zu bitten, die in der letzten Sitzung vom Slovenski Klub eingebrachten und noch vorliegenden Anträge und Interpellationen als zurückgezogen zu betrachten. (Bravo-Rufe.)

Landeshauptmann: Ich nehme dies zur Kenntnis.

Zur Tagesordnung, beziehungsweise zur Geschäftsbehandlung hat sich weiters zum Worte gemeldet der Herr Abg. Dr. Schacherl.

Abg. Dr. Schacherl (A. B. Bruck): Hohes Haus! Ich habe im Namen des sozialdemokratischen Klubs zu erklären, daß wir mit der Tagesordnung, die für die heutige Sitzung festgesetzt wurde, nicht einverstanden sind. Wir glauben, daß diese Tagesordnung absolut nicht der Bedeutung des heutigen Tages entspricht. Die Tagesordnung macht einen so harmlosen, idyllischen Eindruck, als ob gestern die fünften Sitzung dieser Session gewesen wäre, sie macht nicht den Eindruck, daß 20 Monate inzwischen verstrichen und daß durch Jahre hindurch hier im hohen Hause der „Landtagsjähren“ gewütet hat. In diesen 20 Monaten hat der Landes-Ausschuß ungeseglich gewirtschaftet. Er hat Millionenanlehen aufgenommen und wir haben keine Ahnung über diese Tätigkeit, wir wissen nicht, wie der Stand der Finanzen des

Landes ist, ja, nicht einmal ein Budgetprovisorium liegt vor. Der Landes-Ausschuß spricht nicht einmal ein Budgetprovisorium an, obwohl, wie ich glaube, es seine erste Pflicht gewesen wäre, dafür zu sorgen, daß der Landes-Ausschuß wenigstens für die nächste Zukunft eine gesetzliche Grundlage für seine Tätigkeit erhält.

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1909 und des Voranschlages für das Jahr 1911 des allgemeinen steiermärkischen Schullehrer-Pensionsfondes und des weiteren eine Reihe von anderen Angelegenheiten, die an und für sich ganz wichtig sein mögen, die aber heute, glaube ich, nicht in erster Reihe stehen können. Die Abtretung eines Grundstreifens an den Bezirk Knittelfeld sowie der Verkauf von landschaftlichen Grundstücken an die Staatsbahn u. s. w. sind ja Angelegenheiten, welche erledigt werden sollen, aber ich glaube, heute, nach einer so langen Unterbrechung der Tätigkeit des Landtages, heute ist diese Tagesordnung nicht die richtige.

Nun, wir wissen allerdings, daß im Hintergrunde ganz andere Dinge lauern. Wir wissen, daß schwere Belastungen der Bevölkerung geplant sind, und es liegt ja heute bereits im Einlaufe ein Antrag auf Erhöhung der Bierabgabe vor, welche abermals eine schwere Belastung der Bier trinkenden Bevölkerung mit sich bringt. Man hat von Verhandlungen gehört, die es zustande gebracht haben, daß diese Tagesordnung aufgestellt wurde, daß dieser Einlauf festgesetzt wurde, und auf Grund dieser Verhandlungen haben wir soeben eine Erklärung des Herrn Abgeordneten Dr. Koroscec gehört. Über diese Verhandlungen zu sprechen, haben wir wenigstens das Bedürfnis und vielleicht auch der Landtag und die Öffentlichkeit jedenfalls ein Interesse, zu erfahren, was bei diesen Verhandlungen ausgemacht worden ist. Wir müssen umso mehr verlangen, dies zu hören, als wir bei diesen Verhandlungen ausgeschlossen worden sind. Wir haben von diesen Verhandlungen gehört, als die Sache bereits abgemacht war; erst da gerühte man uns zu verständigen, daß sich die verschiedenen Parteien des Landtages über diese Punkte geeinigt haben. Wir müssen uns aber in entschiedenster Weise gegen eine solche Behandlung verwahren. Wir sind, wenn wir auch im Landtage infolge des elenden und ungerechten Wahlrechtes in einer verschwindenden Minderheit sind, doch der Zahl der Wähler nach die zweitstärkste Partei in Steiermark, da wir bei den Reichsratswahlen 46.096 Stimmen bekommen haben.

Wir sind nicht gesonnen, uns durch die Macht, welche Ihnen dieses elende Wahlrecht gibt, an die Wand drücken zu lassen, und daß Sie Angelegenheiten des Volkes, Anträge, welche auf eine schwere Belastung des Volkes hinauslaufen, einfach unter sich abmachen und über uns zur Tagesordnung übergehen zu können glauben.

Wir haben am 1. Februar 1910 im Landtage, als die Obstruktion der Herren Slovenen ausgebrochen war, folgende Erklärung abgegeben (liest):

„Da eine Obstruktion doch nicht gut Selbstzweck sein kann, so wirft sich die Frage auf, welchen Zweck diese Obstruktion hat. Offenbar wollen die Herren ein Zugeständnis in nationaler oder wirtschaftlicher Beziehung erzwingen. Wir sind im allgemeinen Gegner der Obstruktion, besonders aber Gegner einer Obstruktion wie der hier geübten, und deshalb auch dagegen, daß sie einen Erfolg hat.

Ich erkläre aber, daß, soferne diese Obstruktion von Erfolg wäre, auch für uns der Weg gewiesen wäre, auf welchem in diesem Hause etwas zu erreichen ist. Die Mehrheit des Hauses hat wiederholt von uns gestellte bescheidene Forderungen abgelehnt. Wenn man nun wirklich nur durch Obstruktion die Berücksichtigung selbst der bescheidensten Forderungen erreichen kann, so werden auch wir unser Verhalten in Zukunft danach einrichten.“

Soweit wir nun aus den Zeitungsberichten erfahren haben, haben die Verhandlungen Erfolge gezeigt, die man als Konzessionen in nationaler und wirtschaftlicher Beziehung an die obstruierenden Slovenen betrachten muß. Über die nationale Seite zu sprechen, ist nicht unsere Aufgabe. Sie sind ja die patentierten Hüter des nationalen Gedankens in Steiermark und wir müssen es Ihnen überlassen, sich mit Ihren Wählern in dieser Frage auseinanderzusetzen. Sachlich kann ja über diese Zugeständnisse, die an die obstruierenden Slovenen gemacht wurden, hinsichtlich der slovenischen Bürgerschule und Haushaltungsschule, gesprochen werden. Aber diesmal handelt es sich nicht um eine sachliche Würdigung, nicht um die Entscheidung der Frage, ob die Forderung an sich gerecht war, sondern es war diese Frage eine politische Frage und ein Erfolg der Obstruktion. Man weiß aber nicht, ob das, was in den Zeitungen verlautbart wurde, alles ist, und man muß neugierig sein, ob dies auch alles ist und ob es nicht bloß die erste Etappe, die erste Abschlagszahlung für das Aufgeben der Obstruktion ist. Man spricht auch nicht mehr vom Schulaufsichtsgesetz, welches Herr Abg. Wastan eingebracht hat, um den freiheitlichen und

deutschen Charakter des Landes Schulrates zu stärken. Davon hört man nichts mehr, diese Sache ist in den Hintergrund getreten. Es wäre wissenstwert, ob diese Zurückstellung eine Konzession auf freihändlerischem Gebiete an die obstruierenden Slovenen ist, und es heißt ja, daß später einmal auf Grund der Vereinbarungen ein Gesetz kommen wird, wodurch möglicherweise der Landes Schulrat noch reaktionärer zusammengefaßt werden soll, als es heute der Fall ist.

Meine Herren! Wir haben nur wenige Tage Zeit für diese Session, zehn Tage vielleicht, und es gehört ein Mut dazu, in eine solche Tagesordnung einzugehen, die nichts besagt, und im Hintergrunde lauert eine schwere Belastung, die man in das Haus wirft und in wenigen Tagen durchpeitschen will.

Die deutsch-nationale und christlich-soziale Presse hat geradezu jubelt, daß es gelungen ist, diese Tagung auf dieser Grundlage zustande zu bringen. Ich glaube, die Bevölkerung wird absolut keinen Anlaß zum Jubeln haben, wenn es auch heißt, daß die Lehrergehälter erhöht werden sollen. Wir sind auch dafür, daß die Lehrergehälter erhöht werden sollen (Abg. Dr. v. K a a n: „Aber das Geld wollen Sie nicht geben!“), aber wo steht denn geschrieben, daß dazu die Biersteuererhöhung notwendig ist oder dazu auch verwendet werden wird? Warum bindet man nicht diese Biersteuererhöhung an andere Ausgaben des Landes? Warum sagt man nicht, daß die Summen, die ausgegeben werden jahraus jahrein für die Fütterung der Agrarier, von der Erhöhung der Bierauflage abhängig gemacht werden sollen? Wir erklären, daß wir heute schon ein Punktum zwischen der Erhöhung der Lehrergehälter und der Bierauflage absolut nicht anerkennen. Es ist notwendig, festzustellen, ob eine Erhöhung der Biersteuer unbedingt notwendig ist. Darüber wissen wir nichts, und nur aus den Zeitungsnachrichten kommt uns die Kunde über den Stand der Landesfinanzen. Wir haben keinen Bericht des Landes-Ausschusses darüber, über die ganze Tätigkeit des Landes-Ausschusses und über die Finanzlage des Landes. Wir können gar nicht entscheiden, wir müssen auf Treu und Glauben hinnehmen, wenn gesagt wird, in acht Tagen müssen wir die Bierauflage erhöhen, damit die Lehrergehälter erhöht werden können. Das muß uns erst bewiesen werden, es muß bewiesen werden, daß es so ist und daß es keinen anderen Weg gibt, und daß es nicht möglich ist, andere Kreise heranzuziehen für eine Erhöhung der Steuern zur Durchführung der Lehrergehältererhöhung.

Wir haben auch keinen Einblick, wie die Finanzen stehen und wissen nicht, ob nicht Streichungen im Budget möglich sind, die meiner Ansicht nach möglich wären, wenn nicht hier die agrarische Mehrheit im Landtage so mächtig wäre (Zurufe: „Oho!“), und ob wir nicht (Abg. K e s e l zu Abg. S c h o i s w o h l: „Der Werksarbeiter ist auch ein Agrarier?“) andere Steuern finden könnten, um das Großkapital und den Großgrundbesitz zu besteuern. Heute wird uns nur eine Tagesordnung mit Lappalien vorgelegt, und morgen wird uns die Erhöhung der Biersteuer an den Kopf geworfen mit der Devise: „Frisch Vogel oder stirb!“

Meine Herren! Ich halte Ihnen vor Augen, daß es des Landtages unwürdig ist, nach dem, was sich ereignet hat, nach zwanzigmonatlicher Unterbrechung der Tätigkeit des Landtages in eine solche Scheintagesordnung einzutreten. Wir verlangen vor allem Klarheit, wir verlangen, zu erfahren, wie sich die Tätigkeit des Landes-Ausschusses in diesen Zeiten der Gesetzlosigkeit abgespielt hat, wie es mit den Schulden und wie es mit der Finanzlage des Landes steht. Wir wollen in diese Fragen eingehen, und infolgedessen erlaube ich mir den Antrag zu stellen, daß die heutige Sitzung geschlossen werde und auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung als erster Punkt gesetzt wird: die heute aufgelegte Beilage Nr. 249, das ist der Voranschlag der steiermärkischen Landesfonde für das Jahr 1913, und die Beilage Nr. 274, das ist der Voranschlag der Landesfonde für das Jahr 1914, weiters der Bericht des Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 248, das ist die Vorlage des Rechnungsabchlusses über die Verwaltung der Landesfonde über das Jahr 1911 und ebenso die Beilage Nr. 275, das ist der Bericht des Landes-Ausschusses mit Vorlage des Rechnungsabchlusses der steiermärkischen Landesfonde für das Jahr 1912, und endlich die Rechenschaftsberichte des Landes-Ausschusses für die Jahre 1911 und 1912.

Es ist die erste Pflicht des Landtages, in das Budget einzugehen und auf Grund des Budgets festzustellen, ob eine so schwere Belastung notwendig ist, und ob es nicht möglich wäre, andere Mittel zu finden. Wir protestieren gegen diese Tagesordnung und bitten den Herrn Landeshauptmann, über diese Abänderung der Tagesordnung das hohe Haus zu befragen.

Landeshauptmann: Ich habe zuerst zu antworten auf den Vorwurf, welchen Herr Abg. Dr. S c h a c h e r l hinsichtlich der Zusammenstellung der

Tagesordnung für die sechste Sitzung gemacht hat und für welche Zusammenstellung ich die Verantwortung ganz allein zu tragen habe, weil ich mit der Einladung zur Sitzung sofort die Tagesordnung auch den Herren vorlegen mußte, und bei der kurzen Zeit, die zwischen der Rundmachung über die Einberufung des Landtages und zwischen dem Zusammentritte desselben mir gegeben war, ich keine weiteren Vereinbarungen vornehmen konnte.

Auch wenn mir ein etwas größerer Zeitraum zur Verfügung gestanden wäre, hätte ich für die heutige Landtagsitzung bei dem wenigen Materiale, welches mir vorliegt, kaum viel anderes auswählen können, um es den Herren vorzuschlagen, damit es den betreffenden Ausschüssen zur Bearbeitung zugewiesen werden kann.

Der hohe Landtag hat zwar in seinem vorigen Sitzungsabschnitte fünf Sitzungen abgehalten, aber da die Ausschüsse noch nicht in der Lage waren, Berichte zu erstatten, so konnte ich daher zur zweiten Lesung nichts auf die Tagesordnung setzen.

Was die Wünsche hinsichtlich der Berichterstattung des Landes-Ausschusses über die finanzielle Lage des Landes anbelangt, so hätte ein solcher Bericht heute auch nicht in Verhandlung kommen können, sondern nur zur Auflage, und ein Teil des Berichtes des Landes-Ausschusses liegt ja vor.

Es liegen ja, wie die Herren selbst gesehen haben, der Voranschlag für 1914, der Rechnungsabschluß für 1912, in welchem letzterem Jahre ein Teil der Berichterstattung des Landes-Ausschusses über die Gebarung in diesem Jahre gewiß enthalten ist, vor.

Der Rechnungsabschluß pro 1911 liegt auch vor. Ich werde selbstverständlich den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Schacherl auf die Festsetzung einer Tagesordnung für die zweite Sitzung zur Abstimmung bringen und nachher kann ich erst über den Antrag auf Schluß der Sitzung abstimmen lassen.

Es hat sich aber zur Geschäftsbehandlung noch weiters zum Worte gemeldet Herr Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. v. Raan.

Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. v. Raan: Ich will zunächst als Finanzreferent auf die Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Schacherl antworten. Von diesem Standpunkte aus könnte ich den gestellten Antrag, Zeit und Raum zu schaffen für eine erschöpfende Darstellung der Gebarungsweise des Landes-Ausschusses in der hinter uns liegenden abnormalen Periode an sich nur begrüßen. Nur müßten wir dazu eine Tagungsdauer von einigen Wochen vor uns

haben. Nun hat aber Dr. Schacherl schon hervorgehoben, daß infolge äußerer Verhältnisse die jetzige Tagung nur auf wenige Tage beschränkt sein kann, und hat anerkannt, daß es Pflicht des Landtages sei, eine Reihe von brennenden sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen zu befriedigen. Unter diesen steht wohl in erster Linie die Verbesserung der Lage unserer Lehrerschaft. Ich glaube aber nicht, daß die Erfüllung dieser gewiß von allen Parteien anerkannten Ehrenpflicht des Landtages durch eine Behandlung der Sache, wie Herr Abg. Dr. Schacherl sie vorschlägt, gefördert würde. (Rufe: „Sehr richtig!“) Aus den Ausführungen des Herrn Abgeordneten kann man wohl zunächst die Verstimmung darüber herausfühlen, daß eines der vielen Dogmen seiner Fraktion, nämlich das von der Unfähigkeit und Unproduktivität der bürgerlichen Parteien, besonders gegenüber nationalen Schwierigkeiten durch die Ermöglichung der gegenwärtigen Tagung etwas erschüttert erscheint. Was die formelle Frage anlangt, so hat der Herr Landeshauptmann in vollkommen zutreffender Weise die Antwort gegeben. Ich möchte nur vom Standpunkte des Finanzreferenten beifügen, daß in den nächsten Tagen, wahrscheinlich schon morgen, ein Bericht des Landes-Ausschusses über den Stand der schwebenden Schulden und bezüglich der allfälligen Konvertierung derselben ausliegen wird. Im übrigen ist die Finanzlage des Landes ein derart bekanntes, fast möchte ich sagen ein trauriges Gemeingut der Öffentlichkeit, daß es eigentlich einer ausführlichen Erörterung im gegenwärtigen Augenblicke nicht mehr bedarf, um die Abgeordneten und die Bevölkerung über die jetzigen Finanzverhältnisse der Steiermark aufzuklären. Meine Herren! Ich bitte die Form nicht über das Wesen, das Gefäß nicht über den Inhalt zu stellen. Ich glaube im Namen des überwiegenden Teiles der Bevölkerung zu sprechen, wenn ich sage, das Land begrüßt es, daß der Landtag wieder lebt und zur fruchtbringenden Arbeit versammelt ist. Weniger aber würden spitzfindige und zeitraubende Erörterungen über die Frage der Tagesordnung u. s. w. Verständnis und Anklang in der Öffentlichkeit finden. Was das Budgetprovisorium betrifft, so wissen wir alle ja genau, warum es jetzt nicht vorgelegt werden konnte; der Voranschlag für das Jahr 1914 liegt aber auf und spricht eine recht deutliche Sprache für alle, die sie hören wollen. Ich möchte schließlich auf den Vorwurf der Geheimtuererei rückfichtlich der Festlegung des Arbeitsprogrammes zurückkommen. Der-

selbe ist gänzlich unberechtigt. Ich rufe Herrn Abg. Dr. Schacherl in Erinnerung, daß ich ihm, bezw. seiner Partei schon in einer sehr frühen Zeit von der Tatsache und der Richtlinie der Verhandlungen Mitteilung gemacht habe. (Rufe: „Hört, hört!“ — Abg. Dr. Schacherl: „Nicht wahr!“) Entschuldigen Sie, Sie können das nicht ernstlich ableugnen. (Dr. Schacherl macht einen unverständlichen Zwischenruf.) Fertig waren wir am vorigen Montag und vor etwa zehn bis vierzehn Tagen habe ich mit Ihnen über die Notwendigkeit gesprochen, zur Deckung des Erfordernisses für die Lehrerschaft und Landesbeamten die Bierabgabe zu erhöhen und die Wertzuwachssteuer einzuführen; auch habe ich die übrigen Verhandlungspunkte angedeutet! Sie haben diese Mitteilungen damals zur Berichterstattung an Ihre Partei ohne weitere Erklärung zur Kenntnis genommen. Im übrigen gebe ich die formelle Versicherung ab, daß nichts anderes als das, was in dem veröffentlichten Programm enthalten ist, als Gegenstand der jetzigen Tagung vereinbart wurde. Ich bestreite aber entschieden, daß man hier von nationalen oder politischen Konzessionen im eigentlichen Sinne des Wortes sprechen kann. Das Arbeitsprogramm ist ein soziales, wirtschaftliches und kulturelles, welches in erster Linie gemeinsamen Bedürfnissen des Landes dient und weiterhin kulturellen Wünschen bei den Volksstämmen entspricht. Ich bitte, diese Erklärungen zur Kenntnis zu nehmen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Reisel**: (M. W. Graz): Meine Herren! Es ist bereits seitens meines Klubgenossen darauf hingewiesen worden, daß die heutige Tagesordnung durchaus nicht der Situation entspricht, daß es aussieht, als hätten wir die 5. Sitzung erst gestern gehabt.

Vor allem mußte man doch erwarten, daß heute die Abgeordneten darüber informiert werden, wie der Landes-Ausschuß seit dem Jahre 1910 verwalet hat, wie es mit den Landesfinanzen steht.

Darüber haben wir kein Wort erfahren. Allerdings hat uns der Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. v. Naan versprochen, morgen werden wir so ungefähr einen Bericht haben.

Ich glaube, wenn der Landtag in seiner Kontrolle der Landesverwaltung solange ausgeschaltet ist, so ist es seine erste Pflicht, nachzusehen, wie der Stand der Finanzen sich in dieser Zeit gestaltet hat.

Herr Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. v. Naan meint, es wisse doch jedermann, daß infolge der Kürze der Zeit nichts anderes denkbar sei, als so vorzugehen wie es die Mehrheit des Landtages vorschlägt.

Ich muß sagen, wir sind unschuldig, daß die Zeit so kurz ist, wir sind unschuldig, daß man erst in so später Zeit mit den Slowenen handelsseins geworden ist.

Herr Dr. v. Naan behauptet, daß das, was den Slowenen zugestanden wurde, keine Konzessionen seien, sondern dem Kulturstande der beiden Nationen entspreche.

Warum haben Sie diese Konzessionen nicht früher gegeben?

Ich erinnere heute daran, daß Sie beide Punkte entschieden verweigert haben, sowohl die Errichtung einer slowenischen Haushaltungsschule in St. Georgen als auch die Errichtung einer slowenischen Bürgerschule; sie wurden lange genug gefordert, es ist daher nicht unsere Schuld, daß die Zeit so kurz ist, sondern ihre Schuld, und nun sollen wir deshalb, daß uns nur eine ganz kurze Zeit zur Verfügung steht, schleunig das machen, was Ihnen angenehm ist.

Sie behaupten, daß wir von Ihren Abmachungen verständigt wurden, wir wußten aber von Ihrem Vergleich gar nichts, Sie haben das eben als selbstverständlich betrachtet, daß wir akzeptieren, was Sie ausgepackt haben.

Das ist eine starke Zumutung, die mit unserer seinerzeitigen Erklärung im Widerspruche steht.

Als wir im Februar 1910 unsere Erklärung gegen die slowenische Obstruktion abgegeben haben, ist ein freundliches Gemurmel durch Ihre Reihen gegangen, Sie haben es begrüßt, daß wir diese Erklärung abgaben. Nicht wir sind umgefallen, sondern Sie!

Herr Dr. v. Naan hat weiter behauptet, es sei doch allgemein der schlechte Finanzstand des Landes bekannt. Bekannt wodurch? Wir haben ab und zu eine Zeitungsnachricht lesen können, daß der Landes-Ausschuß kein Geld habe, aber das ist doch keine Richtschnur für die Abgeordneten bei Beurteilung der Finanzlage des Landes!

Herr Dr. v. Naan behauptet weiter, es liege gewissermaßen auf der Hand, daß den Lehrern geholfen werden müsse, und es sei doch allgemein bekannt, daß die Einführung der Biersteuer, um es zu können, notwendig sei.

Vor allem glaube ich, daß darüber zu reden ist, ob sich nicht in anderer Weise die Bedürfnisse des Landes decken lassen als in dieser für die Bevölkerung so drückenden Art. (Abg. Dr. v. Naan: „Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns das Geheimnis verraten würden!“)

Ich bitte, Sie haben uns ja gar keine Gelegenheit gegeben, darüber zu verhandeln; Sie verlangen nun, daß wir die Biersteuer beschließen sollen und Sie sagen: Nun ist die Zeit zu kurz, nun muß die Biersteuer gemacht werden.

Wir wissen ja, daß dieses nur einer der Steuerposten ist, und daß eine Reihe von weiteren Steuererhöhungen noch nachfolgen werden.

Wenn man an Steuererhöhungen herantritt, so muß man sich fragen, wie bringe ich ein System in diese Steuererhöhungen, sowohl vom Standpunkte der Gerechtigkeit als auch vom Standpunkte der Möglichkeit.

Nun soll wieder in der alten Weise fortgefahren werden und Abg. Herr Dr. v. Raan gibt uns noch die Versicherung, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die Erhöhung der Landesbiersteuer auf das freudigste begrüßt. Diese Freude wird sich nach der Biersteuererhöhung umso deutlicher zeigen, vielleicht in dem Maße, wie sie sich in Böhmen gezeigt hat. (Rufe: „Wird nicht so schrecklich sein!“) Mit diesem Zwischenrufe beweisen Sie doch, daß die Bevölkerung über diese Maßregeln nicht erfreut sein wird. Sie haben ja selbst Furcht vor ihren Folgen.

Ich unterstütze den von meinen Klubgenossen gestellten Antrag und wir hoffen, daß der Landtag diesem Antrag zustimmt. Sollte er ihm nicht zustimmen, so werden wir selbstverständlich unser weiteres Verhalten während dieser kurzen Tagung darnach einrichten. (Rufe: „Bravo!“)

Abg. **Otter** (Graz, II.—VI. Stadtbezirk): Meine sehr geehrten Herren, geehrte Kollegen! Es ist ganz gewiß, daß keine Korporation des ganzen Landes mit solcher Sehnsucht auf die Arbeitsfähigkeit des Landtages gewartet hat wie die Lehrerschaft, und zwar mit Recht. Ich brauche heute gewiß nicht breit auseinanderzusetzen, welche Not, welches Elend in den Lehrerfamilien herrscht und wie sehr dadurch die Entwicklung des Schulwesens unterbunden wird. Es ist daher klar, daß die Lehrerschaft auf die Eröffnung der Tagung jener Arbeitsstätte gewartet hat, von der aus ihr allein geholfen werden kann. Das ist der Landtag. Endlich ist das schwere Stück gelungen und der Landtag ist zusammengetreten und ich kann Sie versichern, daß Tausende von Lehrern und die Augen ihrer Familien heute auf den Landtag blicken und die Erlösung aus dem Elende hoffen. Für die Lehrerschaft bedeutet die Eröffnung der heutigen Tagung einen Lichtblick nach langer Zeit voll Elend und Kummer. Es müßten selbstverständlich, wenn das, was

die Lehrerschaft von der jetzigen Tagung erhofft, nicht erfüllt würde, die Not und das Elend mit dem Gefühl tiefster Erbitterung sich verbinden. Ich glaube, daß diese Verbitterung dazu beitragen müßte, das Schulwesen, das ja gerade der arbeitenden Bevölkerung am meisten am Herzen liegen sollte, schwer zu schädigen. Denn, ein verbitterter, ein von Not und Sorgen heimgesuchter Lehrerstand kann nicht mit jener Liebe in der Schule arbeiten, die notwendig ist, um einerseits Erfolge zu erzielen, andererseits um den Kindern jene Liebe zu ersetzen, die ihnen vielfach im Elternhause infolge der dort herrschenden Not versagt ist. Die Lehrerschaft müßte ein direkt frevelhaftes Spiel darin erblicken, wenn durch das Verschulden irgendeiner Partei des Landtages diesmal abermals ihrer Not nicht abgeholfen würde. Und es würde sich darob ein solcher Sturm der Entrüstung erheben, daß ihm keine einsichtige Partei standhalten könnte. Man sagt nun, es kann auch auf andere Weise geholfen werden. Ich gebe das zu; der Lehrerschaft ist aber darum zu tun, daß schnell geholfen werde, die allerschnellste Hilfe ist notwendig. Wir haben gehört, daß in den Vereinbarungen, die mit den Slovenen getroffen worden sind, eine Erhöhung der Landesumlagen nicht inbegriffen ist. Es ist daher ganz unmöglich, eine solche Vorlage in das hohe Haus zu bringen. Sie werden es auch gewiß nicht wollen, daß die Lehrerschaft auf jenen Zeitpunkt vertröstet wird, in dem Überweisungen von Wien kommen. Denn, wir wissen noch gar nicht, ob das Finanzgesetz in Wien gemacht wird oder ob es nicht gemacht wird. Es wäre traurig, wenn der Lehrerschaft auch in diesem Sitzungsabschnitte wieder nichts anderes als ein Wechsel ohne Akzept auf die Zukunft ausgestellt würde. Es ist daher selbstverständlich, daß der heutige Landtag, wenn er anerkennt, daß den Lehrern geholfen werden muß, im Interesse der Schule, also eines eminent völkischen Zweckes beider Nationen, auch wollen muß, daß ihnen rasch geholfen werden muß, und wenn wir anerkennen, daß das einzig und allein im Wege der Bierauflage möglich ist, so möchte ich einen finden, der das Herz hat, sie abzulehnen. Bei diesem könnte ich mir nicht vorstellen, daß er wirklich das rechte Empfinden für die Not der Lehrerschaft hat. Wir Städtevertreter stimmen gewiß nicht leichten Herzens der Erhöhung der Bierauflage zu, haben wir ja doch selbst seinerzeit vor vier Jahren, als die Sache zur Sprache kam, dagegen Stellung genommen. Beschließt der Landtag heute die Erhöhung der Biersteuer aber nicht, so ist das bezüglich der Bierpreiserhöhung gleichgiltig, da die Biersteuer ja dann doch vom Staate genommen werden wird, aller-

dings, wie der „Arbeiterwille“ ausgeführt hat, in etwas milderer Form. In der Wirkung wird es ziemlich gleich sein. Wenn wir daher überzeugt sind, daß wir durch die Ablehnung der Biersteuer im Landtage die Einführung derselben gar nicht verhindern können, so wissen wir auch, was wir zu wählen haben. Wir haben heute zu wählen zwischen zwei Dingen: Entweder die Biersteuer zu bewilligen und der Not der Lehrerschaft rasch abzuhelpen oder die Biersteuer nicht zu bewilligen und die Not und das Elend der Lehrer zu verlängern. Dem Volksboten, der wirklich ein warmes Herz für die Lehrerschaft hat, ist es da gewiß nicht schwer, in dieser Landtagsession die richtige Entscheidung zu treffen.

Landeshauptmann: Wir kommen mehr in eine sachliche Debatte, als zur Feststellung der Verhandlungen der heutigen Tagesordnung.

Abg. Dr. Schacherl: (M. W. Bruch): Hohes Haus! Auf die Ausführungen des Herrn Abg. Dr. v. Raan hat bereits unser Klubgenosse Kessel erschöpfend geantwortet und nur ein Punkt wäre zu besprechen. Dr. v. Raan hat gemeint, daß wir gekränkt sind, weil unser Dogma von der Unfähigkeit und Unproduktivität der bürgerlichen Parteien durch diese Tagung widerlegt worden ist. Meine Herren! Auf diese große Leistung der bürgerlichen Parteien brauchen Sie nicht stolz zu sein. Damit Sie eine Woche zusammenkommen können, müssen Sie die Überzeugung opfern, an der Sie vor kurzem noch festgehalten haben; für eine Woche Arbeit müssen Sie den Rückzug antreten vor allen Obstruktionen der Slovenen, und wenn die Woche vorbei sein wird und Sie neuerdings beraten werden, werden Sie vor derselben Situation stehen wie vor Wochen und neuerdings alles mit wirtschaftlichen, mit nationalen, freiheitlichen Konzessionen erkaufen müssen, zur Belastung des ganzen Volkes. Der Preis, den Sie für eine Woche Arbeitsfähigkeit zahlen, ist ein derartig hoher, in allen Beziehungen, unter Opfern Ihrer Überzeugung ein *sacrificium intellectus*, daß Sie auf diesen Beweis der Fähigkeit und Produktivität wahrhaft nicht stolz zu sein brauchen. Ich würde es begrüßen, wenn Sie es zustande bringen würden, einen Ausgleich, der dauernd wäre, zu schließen. Aber immer etwas anderes und neues, das ist doch keine Lösung der Frage, sondern nur ein Verschleppen, ein Hinfischen, aber keine Gefundung.

Was die Ausführungen des Herrn Abg. Otter betrifft, so waren wir auf sie vollkommen vorbereitet. Wir haben gewußt, daß sofort die Verdrehung ein-

setzen werde. Die Sozialdemokraten sind gegen die Biersteuererhöhung und infolgedessen gegen die Erhöhung der Lehrergehalte! Wenn gesagt wird, daß keine Korporation mit solchem Sehnen auf den Landtag gewartet hat als die Lehrer, so geben wir das ja zu, da die Bezahlung der Lehrer sehr schlecht ist und ihnen geholfen werden soll. Ich stelle aber fest, daß es gerade die Partei des Herrn Abg. Otter im Parlament gewesen ist, die unsere Anträge, die Staatsüberweisungen an die Länder nur dann zu bewilligen, wenn sich die Landtage verpflichten, das zugewiesene Geld auch wirklich für die Lehrer zu verwenden, abgelehnt hat. Dieser unser Antrag ist vom Deutschen Nationalverband und von den Christlichsozialen zu Fall gebracht worden. Also die Möglichkeit, den Lehrern wirklich zu helfen, wurde abgelehnt. (Abg. Otter: „Uns kann nur der Landtag helfen!“)

Meine Herren! Wenn Sie ein frevelhaftes Spiel unserer Partei darin erblicken, nun, dann werden wir die Konsequenzen, mit denen Herr Abg. Otter gedroht hat, zu ertragen wissen. Wir haben auch im Landtage Gelegenheit geboten, Einnahmen für das Land zu erzielen, ohne die Biersteuer zu erhöhen. Erinnern Sie sich daran, daß wir beantragt haben, daß das Land nicht auf die Zuschläge zur staatlichen Personal-Einkommensteuer verzichten soll! Da wäre Gelegenheit, Einnahmen für das Land zu schaffen, (Abg. Dr. v. Raan: „Da hätten wir draufgezahlt!“) und zwar aus jenen Kreisen, die Steuer zahlen können. (Abg. Dr. v. Raan: „Die ausgewandert wären.“) Aber es ist viel bequemer, den alten Schimmel zu reiten und alle Lasten auf die besitzlosen Klassen abzuwälzen. (Lebhafter Widerspruch.)

Wenn nun gesagt wird, man muß für die Biersteuererhöhung sein, wenn man den Lehrern helfen will, so muß man sich fragen: „Sind denn die Herren im Deutschnationalen Klub alle für die Biersteuererhöhung?“ Wie können Sie es wagen, dagegen zu stimmen, wenn Sie der Ansicht sind, daß die Lehrer davon kein Geld bekommen?

Sie wollen die Sache wahrscheinlich wieder so einteilen: Die Städtevertreter, die wollen davonlaufen, wie sie es schon oft gemacht haben, (Abg. Einspinner: „Warten Sie, dann reden Sie!“) während die anderen dafür stimmen sollen. (Widerspruch.) Das wollen Sie aufführen, aber es wird Ihnen nicht gelingen. Das haben Sie ja immer so gemacht, im Parlament und im Landtage.

Es wäre sehr interessant, zu erfahren, ob Sie schon über die Erhöhung der Biersteuer einig sind? (Abg. Einspinner: „Das geht Sie gar nichts

an!") Sie werden wir fragen, ob uns das was angeht. (Abg. Einspinner: „Goch die Abstinenz!") Gestatten Sie, daß ich sofort auf diesen Zwischenruf antworte, ich will nur den Satz zu Ende sprechen. Ich wollte nämlich sagen: Wir haben schon gehört, daß sich in Ihren eigenen Reihen Widerstände gegen die Erhöhung der Biersteuer geltend machen, daß Sie sich vor Ihren eigenen Wählern fürchten und daß es nicht so ernst gemeint ist mit der Teuerungszulage von 1.200.000 Kronen, sondern daß Sie nur, wenn Sie die Bierauflage nicht durchbringen, einfach die 300.000 Kronen Teuerungszulage geben wollen, die schon der Landes-Ausschuß beschlossen hat.

Es wäre ja interessant zu wissen, ob das wahr ist oder ob Sie einig sind, ob alle dafür sind, für die Erhöhung der Biersteuer zu stimmen.

Ist das nicht der Fall, dann haben Sie nicht das geringste Recht, Vorwürfe gegen diejenigen zu erheben, die gegen die Erhöhung der Biersteuer sind.

Ist es aber der Fall, so ist es gut, wenn die Bevölkerung erfährt, daß die Deutschnationalen Partei einmal ausnahmsweise einig war, wo es sich darum gehandelt hat, schwere drückende Belastungen der konsumierenden Bevölkerung durchzuführen.

Wenn ich nun auf den Zwischenruf: „Goch die Abstinenz!" eingehe, womit offenbar gesagt werden sollte, daß ich als Abstinenzler nicht gegen die Erhöhung der Biersteuer sprechen sollte, so kann ich nur sagen, daß ich es sehr wünschen würde, wenn die Bevölkerung kein Bier trinkt und daß wir es sehr begrüßen würden, wenn unsere Parteigenossen aufhören würden, diesem alten Aberglauben zu huldigen.

Tatsache ist es aber, daß die Zahl der Abstinenzler eine sehr geringe ist, und daß es Hunderttausende von Menschen gibt, die glauben, Bier trinken zu müssen.

Bevor diese Leute aufhören werden, Bier zu trinken, werden sie weit eher weniger Geld für die Kultur ausgeben, sie werden weniger für die Kleidung, Wohnung und Nahrung ausgeben, und es wird durch die Erhöhung der Biersteuer keine Einschränkung des Alkoholismus herbeigeführt werden, sondern nur ein Rückgang der Kultur.

Es ist daher kein Widerspruch, daß ich, obwohl ich Abstinenzler bin, trotzdem diejenigen, die nicht soweit gekommen sind, vor einer Vertenerung schützen will. Soviel als Antwort auf den Zwischenruf.

Nun, meine Herren, der Vorwurf, den Herr Abg. Otter erhoben hat, daß derjenige, der gegen die Biersteuer ist, auch gegen die Lehrer ist; ich glaube, der Herr Abg. Otter erweist seinen Kollegen einen schlechten Dienst durch ein solches Junktim, das ge-

eignet ist, den ganzen Haß der ohnedies nicht schul- und lehrerfreundlichen Landbevölkerung noch zu erhöhen, indem sie bei jedem Krügel Bier, das sie trinken, sich sagen: Diese Vertenerung haben wir den Lehrern zu verdanken.

Durch Ihre Haltung wird die Schuld den Lehrern zugeschoben werden. Ob es nicht anders geht, darüber sollen wir reden; daß es nicht anders geht, ist nicht bewiesen. Beweisen Sie uns das, daß es nicht anders geht!

Meine Herren! Haben Sie im Laufe dieser Jahre, wo die Obstruktion tobte, wo der Landtag nicht arbeitsfähig war, keine Ausgaben gemacht? Sie haben Millionen Schulden gemacht, wir sind gegen die absolutistische Wirtschaft, aber wenn Sie sie schon gemacht haben, wo steht es geschrieben, daß Sie diese Millionen für andere Zwecke und nicht für die Lehrer verwenden durften?

Wenn eine Sanierung der Finanzwirtschaft nicht möglich war, ohne daß Sie Schulden machten, wo steht es geschrieben, daß Sie diese Schulden nicht auch machen konnten zu Gunsten der Lehrer? Warum nur für agrarische Zwecke, warum nicht für die Lehrer? (Abg. Nowak: „Diese Darlehen werden aber zurückgezahlt!") Wir kennen diese „unverzinslichen Darlehen!"

Ich habe klipp und klar bewiesen, daß irgend ein Recht, aus unserer Verweigerung der Biersteuererhöhung zu schließen, daß wir gegen die Erhöhung der Lehrergehälter sind, nicht besteht, daß ein jeder solcher Schluß vollständig unberechtigt ist, und wir müssen diesen Vorwurf auf das entschiedenste zurückweisen.

Es handelt sich nicht nur um die Biersteuererhöhung, sondern wir wollen auch durch unseren Antrag, daß sich der Landtag über den Stand der Finanzen klar wird, daß uns weiters gesagt wird, so groß ist das Defizit, daß uns Vorschläge gemacht werden und uns gesagt wird, was muß geschehen, was soll geschehen, um die Erhöhung der Lehrergehälter durchzuführen! Der Landes-Ausschuß muß sich doch darüber klar sein; das werfen wir dem Landes-Ausschuße vor; er hat doch gewußt, daß es heute oder morgen zum Landtage kommen wird, warum hat er nicht den Stand der Finanzen vorgelegt und uns die Möglichkeit geboten, über diese Fragen zu reden?

Wir haben es für unwürdig gefunden, daß man uns die Erhöhung der Bierauflage einfach hinlegt, ohne uns klipp und klar zu sagen, wie die Wirtschaft war und wie die Wirtschaft sein soll!

Den Anwurf, daß wir gegen die Erhöhung der Lehrergehälter sind, weisen wir entschieden zurück, aber wir glauben, daß es die erste Pflicht des Landtages ist, in erster Linie sein Haus zu bestellen und das Budgetprovisorium zu beschließen und zu prüfen, ob es notwendig sein wird, zur Erhöhung der Lehrergehälter diese Mittel anzuwenden, welche Sie als allein seligmachende hinstellen.

Daß Sie einfach dem Landtage die Sache hinwerfen, ihm die Schlinge um den Hals werfen, das geht nicht an!

Den Vorwurf, daß wir, weil wir nicht für die Biersteuererhöhung sind, auch gegen die Erhöhung der Lehrergehälter sind, diesen Vorwurf werden wir zu ertragen wissen. Ob Sie aber in der Lage sein werden, die Mißstimmung der Bevölkerung gegen Sie in nationaler und wirtschaftlicher Beziehung zu ertragen, das ist eine andere Frage!

Landeshauptmann: Der Herr Abgeordnete Dr. Schacherl hat den Antrag auf Schluß der Sitzung gestellt, weil er in die heutige Tagesordnung nicht einzugehen für passend erachtet, und hat weiters den Antrag gestellt, es möge auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die Beilage Nr. 248, „Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Rechnungsabschlusses über die Verwaltung der steiermärkischen Landesfonde im Jahre 1911“, Nr. 249, „Voranschlag der steiermärkischen Landesfonde für das Jahr 1913“, Nr. 274, „Voranschlag der steiermärkischen Landesfonde für das Jahr 1914“, Nr. 275, „Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Rechnungsabschlusses über die Verwaltung der steiermärkischen Landesfonde im Jahre 1912“, gesetzt werden. Er hat ferner auch noch beantragt, es sei auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Rechenschaftsbericht des Landes-Ausschusses für die Jahre 1911 und 1912 zu setzen. Er hat aber über meine Hinweisung darauf, daß diese beiden heute aufgelegten Berichte eine Landtagsnummer nicht tragen und es bisher üblich war, die Teile dieses Berichtes dann in die Debatte einzubeziehen, wenn die einschlägigen Punkte auf die Tagesordnung gesetzt sind, sich mir gegenüber dahin ausgesprochen, daß er diesen Teil seines Antrages nicht aufrecht erhalte.

Was nun die Tagesordnung der zur ersten Lesung zu stellenden Beilagen anbelangt, so war ohnehin meine Absicht, sie morgen oder in den nächsten Tagen auf die Tagesordnung zu setzen.

Ich glaube, daß ich bei Zusammenstellung der

Tagesordnung, wenn ich dieselbe vortrage, erst dann die Abstimmung darüber vorzunehmen habe.

Ich werde mich jetzt nur mit der Frage beschäftigen, ob die Sitzung zu schließen ist oder nicht, wobei ich, wenn der Antrag auf Schluß der Sitzung angenommen wird, den Antrag dahin auffasse, daß es mir freisteht, die Tagesordnung in Vorschlag zu bringen und bekanntzugeben.

(Der Antrag auf Schluß der Sitzung wird abgelehnt.)

Ich habe früher gesagt, daß ich Interpellationen und Anträge zum Vortrage zu bringen habe, die noch in der fünften Sitzung überreicht worden sind. Die Interpellation lautet (liest):

„Anfrage

der Abgeordneten Wolfbauer, Verba, Capra u. i. w. an Se. Erzellenz den Herrn Statthalter Grafen Clary und Aldringen, betreffend Erlassung einer neuen Polizeiordnung.

Die gegenwärtig in Wirksamkeit stehende Polizeiordnung für das Herzogtum Steiermark vom 28. September 1858 entspricht in keiner Weise mehr den seit dieser Zeit vielfach geänderten Verhältnissen und ist eine durchgreifende Revision derselben sehr notwendig.

In der Zeit der Entstehung dieser Polizei-Ordnung gab es noch keinen Fremdenverkehr, keinen Sport, und der ganze übrige Verkehr befand sich noch in den Kinderstuben.

Es kommen daher gegenwärtig vielfach Fälle vor, daß Sommergäste auf dem Lande, die erst gegen 9 Uhr abends ihre letzte Mahlzeit einnehmen, sich darüber beschweren, daß sie um 10 Uhr das Lokal wegen Sperrstunde schon verlassen sollen.

Es bedarf deshalb die Sperrstunden-Regelung besonders für Orte mit Fremdenverkehr dringend einer zeitgemäßen Abänderung. Auch sind die Bestimmungen wegen der Hazardspiele abänderungsbedürftig, weil viele der angeführten Spiele nicht einmal dem Namen nach existieren.

Schließlich wäre es auch zeitgemäß, die Gebühren für Offenhaltung und Musikimposto sowie die Strafen wegen Übertretung der Polizeiordnung in Kronen-Währung durchzuführen.

Die Gefertigten stellen deshalb die Anfrage an Se. Erzellenz den Herrn Statthalter, ob er geneigt sei, mit Rücksicht auf die angeführten Umstände eine den modernen Anforderungen entsprechende neue Polizeiordnung zu erlassen, und bitten im Falle dieser Geneigtheit, die beiden Handelskammern zur Erstattung eines Gutachtens einzuladen und auch die Gast-

wirtgenossenschaften zur Bekanntgabe allfälliger Wünsche aufzufordern.

Graz, am 30. Jänner 1912.

Dr. Megri.	Josef Wolfbauer.
Kratter.	Josef Mosdorfer.
Reitter.	B. Capra.
Ornig.	Größwang.
Sedlaczek.	Fehrer.
J. Bichler.	Dr. Hofmann.
Hauke.	Heinrich Wastian.

Ant. Werba."

Diese Interpellation ist gehörig gezeichnet und wird an Se. Excellenz den Herrn Statthalter geleitet werden.

Setzt kommen die Anträge an die Reihe:

Schriftführer Dr. **Berstovset**: (liest):

„Antrag

der Abgeordneten **Riemer**, **Tomaschitz** und Genossen, betreffend die Einführung einer allgemeinen Landes-Viehversicherung.

Höher Landtag!

Von den Unglücksfällen, welche den Bauern treffen können und welche geeignet sind, dessen Verarmung und Untergang herbeizuführen, ist einer davon: Unglück im Viehstand.

Unfälle im Viehstande sind geeignet, selbst den gutsituierten Bauern aus dem Gleichgewichte zu bringen, während solche den unbemittelten um seine Existenz bringen können.

Nachdem sowohl Staat als Land das größte Interesse an der Erhaltung und Förderung eines kräftigen und leistungsfähigen Bauernstandes haben, so sind dieselben auch verpflichtet, diesem Stande ihre besondere Sorgfalt angedeihen zu lassen.

Um den Unglücksfällen im Viehstande wirksam zu begegnen, ist es notwendig, daß eine vom Staat und Land ausgiebig unterstützte Viehversicherung ins Leben gerufen werde, durch welche der Viehbesitzer seinen Viehstand gegen Unfälle ohne allzugroße Kosten versichern kann.

Diese Versicherung soll eine obligatorische sein, weil es nur dann möglich ist, wenn sich alle Viehbesitzer daran beteiligen, eine niedere Prämie zu erzielen.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

Der Landes-Ausschuß wird aufgefordert, unverzüglich das Nötige zu veranlassen, daß eine vom Staate subventionierte Landes-Viehversicherung

nach dem Muster anderer Kronländer ins Leben gerufen werde, und hierüber in der nächsten Session Bericht zu erstatten.

Graz, im Oktober 1913.

J. Riemer.	Joh. Tomaschitz.
Hans Gölles.	A. Riegler.
Schoiswohl.	Berger.
Schweiger.	Huber.
Hagenhofer.	Kern.
Wagner.	Hofsch.
Joh. Krenn.	Stoder.
Dr. F. Puchas.	Prisching."

Schriftführer Dr. **Megri**: (liest):

„Antrag

der Abgeordneten **Johann Krenn** und Genossen wegen ehester Durchführung des Landtagsbeschlusses vom 9. November 1908 bezüglich der Erlangung von Baugewerben unter erleichterten Bedingungen für das flache Land.

Höher Landtag!

Der Mangel an befugten Maurer-, Zimmer- und Brunnenmachermeistern nimmt am flachen Lande von Jahr zu Jahr zu, so daß die bauerlichen Besitzer, wenn sie genötigt sind, Neuauführungen von Bauten oder Reparaturen an Gebäuden und Brunnen herstellen zu lassen, stundenweit gehen müssen, um zu einem hierfür befugten Baugewerbetreibenden zu gelangen.

Durch diesen am flachen Lande fast allseits fühlbaren Mangel an befugten Baugewerbetreibenden wird nicht allein die rechtzeitige Baumöglichkeit verhindert, sondern auch jeder Bau durch die vorgeschriebene Nachschau zc. außerordentlich verteuert.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

„Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, dafür zu sorgen, daß der Landtagsbeschluß vom 9. November 1908 ungefäumt zur Durchführung gelange."

Graz, im Oktober 1913.

Joh. Krenn.	
Huber.	A. Riegler.
Kern.	J. Riemer.
Hans Gölles.	Tomaschitz.
Schoiswohl.	Dr. F. Puchas.
Hagenhofer.	Schweiger.
Prisching.	Stoder.
Berger.	Hofsch.

Wagner."

Landeshauptmann: (liest):**„Antrag**

der Abgeordneten Riegler und Genossen hinsichtlich
Entschädigung bei Rausch- und Milzbrandunfällen.

Hoher Landtag!

Das „Amtsblatt der k. k. Bezirkshauptmannschaft Murau“ für den gleichnamigen politischen Bezirk und die Schulbezirke Murau, Neumarkt und Oberwölz, Nr. 49, Murau, am 9. Dezember 1911, 14. Jahrgang, veröffentlicht folgenden Erlaß:

„Z. 18.179. Unterstützung bei Viehverlusten durch
Rauschbrand und Milzbrand.

Die k. k. Statthalterei in Graz hat mit Erlaß vom 30. November 1911, Z. 12.2289/103, anher mitgeteilt, daß die Bestimmung der ziffernmäßigen Höhe der Unterstützungen durch das Tierseuchengesetz ausschließlich dem freien Ermessen der Administrativbehörden anheimgestellt ist, so daß ein klagbarer Rechtsanspruch auf Unterstützung überhaupt nicht geltend gemacht und somit auch nicht zediert werden kann.

Auch was die Höhe der im einzelnen Falle nach genauer Erhebung der konkreten Umstände zu gewährenden Unterstützung anbelangt, wird hervorgehoben, daß hierbei ausschließlich die subjektiven Verhältnisse des einzelnen Tierbesizers, d. h. seine persönliche Bedürftigkeit, in Betracht zu ziehen sein werden und ausschließlich von diesen mit entsprechender Umsicht und Sorgfalt zu pflegenden Erhebungen das Ausmaß innerhalb des festgestellten Maximalausmaßes von 50 Prozent, welches selbstverständlich nur in ganz besonderen Ausnahmefällen in Betracht kommen könnte, zu bestimmen sein wird. Denn, daß die Bemessung der eventuellen Unterstützungen mit durchgängig 50 Prozent des Schätzungswertes sowohl dem Wortlaute als auch dem Geiste des § 60 des Tierseuchengesetzes widersprechen würde, bedarf keiner weiteren Erörterung und könnte daher schon aus diesem Grunde und wegen der höchst bedenklichen staatsfinanziellen Konsequenzen unter keinen Umständen zugegeben werden.

Hievon sind die Viehbesitzer auf geeignete Weise in Kenntnis zu setzen und ist ihnen besonders anläßlich der Feststellung von Anzeigen über den Ausbruch des Rausch- oder Milzbrandes dieser Erlaß zu erklären.“

Der § 60 des Tierseuchengesetzes lautet: Unterstützung bei Viehverlusten durch Milzbrand und Rauschbrand.

Den Besitzern von Rindern und Pferden, welche an Milzbrand, ferner den Besitzern von Rindern,

welche an Rauschbrand verendet sind, sollen vom Ackerbauministerium Unterstützungen bis zur Hälfte des gemeinen Wertes der verendeten Tiere gewährt werden.

Der gemeine Wert ist ohne Rücksicht auf die infolge der Seuche eingetretene Wertverminderung nach den Bestimmungen des § 51 festzustellen.

In den Fällen der §§ 53 und 54 ist die Gewährung von Unterstützungen ausgeschlossen.

Wieso der Wortlaut dieses Gesetzesparagraphen einer derartigen, im vorangeführten Erlasse dargestellten Auslegung unterzogen werden kann, ist den Gefertigten vollständig unklar und stellen daher den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, beim hohen k. k. Ackerbauministerium energisch dahin vorstellig zu werden, daß:

1. Diese Gesetzesbestimmung eine dem Wesen und dem Wortlaute zweckentsprechende Auslegung und Ausführung erfährt und

2. daß den, mit bezüglichen Dekreten bereits beschiedenen Besitzern die zugesagte Entschädigung, die besonders im Bezirke Murau zu konstatieren ist, auch endlich ausgezahlt werde.“

Graz, am 29. Jänner 1912.

Mois Riegler.

Brising.	Stoßer.
J. Kiemer.	Hofsch.
Wagner.	Tomasič.
Joh. Wölz.	Huber.
Dr. Franz Puchas.	Kern.
Ferd. Berger.	Hans Göllies.
Joh. Krenn.	Schoismöhl.
Schweiger.	Hagenhofer.“

Schriftführer Dr. **Berstovšek** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Brandl, Riemelmoser, B. Franz, Dr. v. Raan und Genossen betreffs der Erhöhung der Tarife auf den k. k. Staatsbahnen bei Ausfuhr von Rundholz.

Hoher Landtag!

Die Steuerquellen, besonders in unseren Alpenländern, werden von Jahr zu Jahr weniger ergiebig, wodurch sowohl Gemeinden, Bezirke und das Land in finanzielle Notlage gerieten. Dazu trägt auch die Ausfuhr von Rundholz mit den niederen Frachttarifen erheblich bei.

Die Staatsbahn-Verwaltung kommt dadurch in die sehr unangenehme Lage, daß sie ihre Auslagen durch die Einnahmen nicht mehr decken kann, so daß sie auch die Mehrforderungen ihrer Beamten und Arbeiter nicht erfüllen kann. Die Ausfuhr des Rundholzes ins Ausland schädigt in erster Linie die Gemeinden, doch wo das Holz auf den Sägewerken verschnitten und dann als Bretter verliesert wird, bleiben die Sägewerke steuerkräftig, die Bevölkerung hat Arbeit und verdient Brot.

Durch die arbeitende Bevölkerung verdienen wieder die Gewerbetreibenden, und das Geld bleibt im Lande. Wo aber das Rundholz direkt auf die Bahn geht, können die Gewerbetreibenden und Geschäftsleute die Taschen zuknöpfen, und gehen zugrunde, weil die Arbeiter von diesen Gegenden auswandern müssen. Hunderte und Hunderte von Sägen sind heute in unseren Alpenländern das belebende Element und schaffen für die ganze Gegend Verdienst. Durch das Stillstehen aber veröden die Täler und verarmen die Bauern und Gewerbetreibenden.

Auch die Abfälle von Bretterlägen sind für die nahen Städte und Märkte als billiges Brennholz von Wichtigkeit, wie auch Sägespäne verloren gehen, welche auch als Heizmaterial und Einstreumittel in der Landwirtschaft Verwendung finden. Auch unsere inländischen Zellulose- und Papierfabriken leiden darunter, da sie bereits ihren Holzbedarf nicht mehr aufbringen können, weil durch den billigen Frachttarif Rundholz ins Ausland geht und dann knapp über der Grenze schon verarbeitet wird. Wenn solche Industrien zurückgehen oder sogar aufhören müssen, gehen uns die Steuerkräfte verloren und das Volk verarmt. Das Eisenbahnministerium hat zwar den Tarif bei Ausfuhr von Rundholz seit Neujahr um einige Sellaer per Meterzentner erhöht, was aber viel zu wenig ist.

Die Gefertigten erlauben sich deshalb den

Antrag

zu stellen:

Das hohe Haus wolle beschließen:

„Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, auf Grund dieses Antrages bei der k. k. Regierung und beim k. k. Eisenbahnministerium dahin zu wirken, daß der Frachttarif bei Ausfuhr von Rundholz erhöht und dementsprechend der Frachttarif bei Ausfuhr von Brettern und Pfosten erniedrigt wird, damit womöglich das Rundholz im Inlande an Ort und Stelle verarbeitet und als Halbfabrikat ausgeführt werden kann, welches einzig und allein

im wirtschaftlichen Interesse der alpenländischen Bevölkerung gelegen ist.“

Graz, am 24. Jänner 1912.

Brandl.

Riemelmoser.	Dr. Negri.
Dr. v. Kaan.	Josef Mosdorfer.
Viktor Franz.	Größwang.
Franz Pichler.	Fehrer.
Heinrich Wastian.	Anton Otter.
Joest.	Josef Wolfbauer.
Johann Gerlig.	Moriz Stallner.
Sedlaczek.	Kratter.
Dr. Hofmann.	Kanzler.

Gaufe.“

Schriftführer Dr. Negri (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Wastian, Neger, Drnig und Genossen, betreffend die Errichtung eines staatlichen, landwirtschaftlichen Lehrer-Fortbildungskurses an der Landes-Obst- und Weinbauschule in Marburg.

Hoher Landtag!

Die wirtschaftlichen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte haben dem produzierenden Mittelstande die Überzeugung erbracht, daß die physischen Kräfte ohne eine geistige Ausbildung nicht hinreichen, um mit den Fortschritten auf dem Gebiete der Industrie und des Gewerbes gleichen Schritt halten zu können. Die großzügige Organisation des gewerblichen Fortbildungswesens und die fachliche Ausbildung der dazu berufenen Lehrkräfte ist vom Kleingewerbe richtig aufgefaßt, kräftig unterstützt und einer Vollkommenheit zugeführt worden, die heute von anderen Staaten nachgeahmt wird. Die großen wirtschaftlichen Veränderungen haben sich aber auch auf das Gebiet der Landwirtschaft erstreckt, aber dort leider nicht den gleichen Erfolg hervorgerufen, weil der Landmann von der Notwendigkeit einer beruflichen Ausbildung noch nicht genügend überzeugt worden ist; bis jetzt hat man eben noch viel zu wenig getan, um ihn zu der Überzeugung von dem Nutzen einer entsprechenden beruflichen Bildung zu bringen. Vor allem fehlt die moderne Organisation jener Bildungsstätten, die dem Landmanne eine berufliche Ausbildung zu gewähren vermögen. Die ländliche Jugend, die berufen erscheint, die Heimatsholle zu bebauen, ist nach der Entlassung aus der Volksschule sich selbst überlassen und bleibt meist ohne besondere Unterweisung, Belehrung und Leitung. Die allgemeine Bildung aus der Volksschule geht mitunter verloren, nur zu oft

werden falsche Ideen und Begriffe aufgenommen, und so tritt vielfach ohne besondere berufliche Ausbildung der junge Mann an die Aufgabe heran, die Heimat-scholle in fortschrittlicher Weise zu bebauen, den Kampf des Lebens aufzunehmen und die Stelle eines Staats-bürgers einzunehmen.

Diesem Übel hat die landwirtschaftliche Fortbil-dungsschule zu steuern; sie hat die Aufgabe, die der Volksschule entwachsene Jugend beruflich auszubilden und mit Kenntnissen auszustatten, die zur Besserung wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse notwendig sind. Die wirtschaftliche Arbeit auf heimatischer Scholle soll allen jungen Leuten lieb werden und durch ver-tiefte Kenntnisse sollen der wirtschaftliche Arbeits-prozeß und mit ihm der Wohlstand und die Landes-kultur gehoben werden. Die bäuerliche Jugend soll durch bessere Bodenbenützung die Rohgewinnung er-höhen, die ausgiebigere Verarbeitung des Materials in Bauerngut und Werkstätten kennen lernen und im Vertriebe der Güter durch Handel und Verkehr ge-wandter werden. Die landwirtschaftliche Fortbildungs-schule hat demnach zur beruflichen Tüchtigkeit für landwirtschaftliche Zwecke zu erziehen und dies zu er-wirken durch: 1. Kenntnis der Heimat-scholle und Vereinigung von Intelligenz und Körperkraft, 2. wirtschaftliche Ausbildung der Mädchen und Frauen, und 3. schriftliche Darstellung und Überzicht des Wirtschaftsbetriebes, d. h. bessere landwirtschaft-liche Buchführung.

Damit nun die zu errichtenden landwirtschaft-lichen Fortbildungsschulen wirklich imstande sind, diese Aufgaben zu erfüllen und damit die bäuerliche Bevöl-kerung mit dieser neuen Schulgattung des 20. Jahr-hunderts nicht eine Enttäuschung erlebe, ist es Pflicht des Staates und des Landes, rasch für entsprechende Lehrkräfte, die solchen Schulen vorzustehen berufen sind, Sorge zu tragen. Eine besondere Unterweisung der Volksschullehrer für die Unterrichtserteilung an ländlichen Fortbildungsschulen hat sich im Deutschen Reiche als unumgänglich notwendig erwiesen und es werden dort seit dem Jahre 1909 solche besondere Kurse in größerer Anzahl (im Jahre 1911 20 Kurse mit 800 Teilnehmern) abgehalten. Die Unterrichts-dauer eines solchen Kurses soll vier Wochen mit 120 bis 180 Unterrichtsstunden nicht überschreiten; der Kurs ist derart organisiert, daß die Lehrer mit dem Wesen der landwirtschaftlichen Fortbildungsschule ver-traut gemacht und in die Methodik dieses Unterrichts-betriebes eingeführt werden. Der Lehrstoff ist auf die für die praktische Fortbildungsschularbeit wichtigen und geeigneten Gebiete beschränkt.

Die Regierung hat die feste Absicht, das land-wirtschaftliche Fortbildungsschulwesen nach dem Muster des Deutschen Reiches auch bei uns einzu-führen. Schon im August und September 1908 ist auf Grund der bei den Studienreisen gemachten Er-fahrungen der erste staatliche Fortbildungskurs an der Landesackerbauschule zu Grottenhof bei Graz und an der Landes-schule für Apwirtschaft am Grabner-hof bei Admont eingerichtet worden. Auch in anderen Kronländern hat man die neue Methode des land-wirtschaftlich-naturkundlichen Unterrichtes in staat-lichen Kursen vorgetragen.

Damit sich nun das landwirtschaftliche Fortbil-dungsschulwesen auch in Steiermark entwickeln könne und damit auch entsprechend ausgebildete Lehrkräfte in größerer Zahl der Schulbehörde zur Verfügung stehen, stellen die Gefertigten den

Antrag:

„Der hohe Landtag wolle beschließen, es sei die Absicht der Regierung, das landwirtschaftliche Fortbildungsschulwesen auch in Steiermark heimisch zu machen, wärmstens zu begrüßen, und es habe der Landes-Ausschuß mit Hilfe des k. k. Ackerbau-ministeriums zu veranlassen, daß an der Landes-Obst- und Weinbauschule in Marburg vom Schul-jahre 1912/13 ab landwirtschaftliche Kurse für Lehrer an landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen eingeführt werden.“

Graz, am 30. Jänner 1912.

Heinrich Wastian.

Franz Neger.	Dr. Hofmann.
Dr. Kaan.	Hauke.
Kratter	Reitter.
Josef Wolfbauer.	Sedlaczek.
Josef Mosdorfer.	Anton Otter.
V. Franz.	Foest.
Größwang.	Gerlig.
M. Stallner.	Brandl.
Dr. Negri.	Riemelmojer.
J. Ornig.	Karl Pferschy.
V. Capra.	Seidler.
Feyrer.	Jz. Pichler.

Ant. Werba.“

Schriftführer Dr. **Berstovsek** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Brandl, Riemelmojer und Genossen betreffs des Hausstrunkes für die landwirt-schaftliche Bevölkerung in den Alpenländern.

Hoher Landtag!

Seit Jahren wurde die Erzeugung des sogenannten Pikkoloweines (zweite Presse) gesetzlich verboten. Dadurch ist es den alpenländischen Bauern unmöglich gemacht, sich um billiges Geld einen Hausstrunk für die Leute zu beschaffen, da sie bei den schlechten wirtschaftlichen Zeiten nicht in der Lage sind, Wein einzukaufen. Ohne Hausstrunk aber ist es unmöglich, Dienstboten zu bekommen. Durch das Verbot zur Erzeugung dieses Weines werden auch die Weingutbesitzer betroffen, weil sie ja ihr Produkt nicht mehr bis zur Gänze verwerten können, und ist weiters auch den Weinpantfchern dadurch Tür und Tor geöffnet. Bei den heutigen Weinpreisen wäre dieser Pikkolowein per Liter noch um 22 Seller zu haben, wenn das Verbot des Verkaufes aufgehoben würde. Im Interesse der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Alpenländer wäre es also geboten, das Verkaufsverbot aufzuheben, und erlauben sich die Gefertigten den

Antrag

zu stellen, der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, auf die k. k. Regierung einzuwirken, daß die zweite Weinpresse wieder erzeugt und unter entsprechender Kontrolle direkt an die bäuerlichen Grundbesitzer zur Verabfolgung an ihre Dienstboten und Arbeiter verkauft werden darf. Die Kontrolle soll in der Weise ausgeübt werden, daß jedem Besitzer für die Dienstboten und Arbeiter über 14 Jahre ein bestimmtes Quantum Inhalt zur Verabfolgung bewilligt wird. Es ist Vorsorge zu treffen, daß dieses Gesetz noch im Laufe des Jahres 1912 in Wirksamkeit tritt.“

Graz, am 30. Jänner 1912.

Michael Brandl.

Raspar Niemelmoser.	Kaan.
Franz Bichler.	Gerlig.
Foest.	Karl Pferschy.
Anton Otter.	Josef Wolfbauer.
Sedlaczek.	Moriz Stallner.
Josef Mosdorfer.	Fehrer.
Größwang.	Dr. Hofmann.
Kratter.	Kanzler.
Heinrich Wastian.	Dr. Negri.

Landeshauptmann: Diese sechs Anträge sind gehörig gezeichnet und ich werde sie daher in Druck legen lassen und der weiteren geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführen.

Wir kommen nunmehr zur Tagesordnung.

Der erste Gegenstand derselben ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1909 und des Voranschlages für das Jahr 1911 des allgemeinen steiermärkischen Schullehrer-Pensionsfondes (Beilage Nr. 23).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. v. **Hofmann:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der **Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1910 und des Voranschlages für das Jahr 1912 des allgemeinen steiermärkischen Schullehrer-Pensionsfondes** (Beilage Nr. 24).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. v. **Hofmann:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der **Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Prüfung von Ergänzungswahlen für den steiermärkischen Landtag** (Beilage Nr. 25).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Franz Graf **Attems:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Zuerkennung der Witwenpension nach dem für Witwen nach Staatsbeamten der fünften Rangsklasse festgesetzten Ausmaße an die Witwe des Oberlandrates Dr. Heinrich Casper (Beilage Nr. 27).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. v. **Kaan:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Veräußerung eines im Eigentum des Landes stehenden Grundstreifens an den Bezirk Anitzelsfeld zum Zwecke der Verbreiterung der Gaaler Bezirksstraße zweiter Klasse

(Beilage Nr. 31).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Stallner:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Zuerkennung einer Pension für die Frau Wilhelmine Possek, Kulturingenieurs-Witwe

(Beilage Nr. 47).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Franz Graf **Attems:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend den Verkauf von landschaftlichen Grundstücken in der Katastralgemeinde Weng an die k. k. österreichischen Staatsbahnen für Zwecke der Stationserweiterung in Gstatteboden

(Beilage Nr. 49).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Franz Graf **Attems:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die demselben in der I. Session der X. Landtagsperiode zugewiesenen Petitionen:

a) Nr. 11 des Volksschullehrers i. R. Anton Terstenjak in Pettau um Erhöhung der Pension;

b) Nr. 25 des Lehrers und Schulleiters Franz Salkitsch in Baierdorf um Dienstzeiteinrechnung;

c) Nr. 55 des Oberlehrers Ludwig Kováč in Auffen um Dienstzeiteinrechnung;

d) Nr. 76 des Lehrers i. R. Josef Artner in Gleisdorf um Anrechnung der vor dem Jahre 1871 an der Volksschule in Rugenmoos (Oberösterreich) zugebrachten Dienstzeit für die Pension;

e) Nr. 111 des Oberlehrers Anton Skupec in Wisell um Einrechnung der an der Privat-Volksschule der Glasfabrik in Gottschee zugebrachten Dienstzeit;

f) Nr. 6 des Ferdinand Schiller, definitiven Lehrers in Graz, um gnadenweise Zuerkennung der II. Dienstalterszulage;

g) Nr. 115 des Johann Hertl, Oberlehrers an der Knabenvolksschule in Gnas, um Nachsicht einer Dienstzeitunterbrechung;

h) Nr. 59 des Traugott Rubin, Fachlehrers in Graz, um Dienstzeiteinrechnung;

i) Nr. 127 des Peter Spari, Schulleiters in Sommereben, um Anrechnung provisorischer Dienstjahre;

k) Nr. 182 der Marie Rodermann, Arbeitslehrerin in Störé, um Dienstzeiteinrechnung;

l) Nr. 338 des Karl Treidl, definitiven Lehrers in Graz, um Dienstzeiteinrechnung;

m) Nr. 446 des Alois Puschnigg, Oberlehrers in Tragöß-Großdorf, um Dienstzeiteinrechnung;

n) Nr. 503 der Laura Bluhme, Arbeitslehrerin in Unter-Premstätten, um Nachsicht einer Dienstzeitunterbrechung.

Es ist auf der Tagesordnung übersehen worden, die Nummer der Beilage 53 beizusetzen; ich bitte dies zur Kenntnis zu nehmen.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. v. **Hofmann**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend einen Grundtausch mit dem k. k. Arar anlässlich des Baues einer eisernen Gussbrücke bei der Bahnstation Groß-Neifling

(Beilage Nr. 56).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Franz Graf **Uttems**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Gewährung von Gnadengaben an Witwen und Waisen nach landschaftlichen Beamten, Lehrpersonen und Dienern

(Beilage Nr. 90).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. v. **Hofmann**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Gewährung von Gnadengaben, bezw. von Gnadenpensionen an gewesene Lehrpersonen und deren Hinterbliebenen

(Beilage Nr. 109).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. v. **Hofmann**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Die Tagesordnung ist erledigt. Es sind mir während der Sitzung Anfragen und Anträge übergeben worden, die ich aber erst morgen werde zum Vortrage bringen können.

Der Herr Abgeordnete Landes-Ausschuß-Beisitzer Sagenhofer legt seine Stelle als Mitglied des Wasserrechts-Ausschusses zurück, daher auch in diesem Ausschusse nun eine Ersatzwahl notwendig ist.

Die nächste Sitzung beantrage ich für morgen den 11. Oktober 1913 um 10 Uhr vormittags. Auf die

Tagesordnung

beabsichtige ich zu setzen:

1. Wahl eines Landes-Ausschuß-Beisitzers aus der ganzen Landesversammlung (§ 3, a, b, c der Landesordnung).

2. Wahl eines Landes-Ausschuß-Beisitzers durch die Abgeordneten der Wählerklasse der Landgemeinden (§ 3, c, III der Landesordnung) und die Abgeordneten der im § 9 der Landtagswahlordnung unter Punkt 5 bis 10 angeführten Wahlbezirke der allgemeinen Wählerklasse (§ 3, c, IV der Landesordnung).

3. Wahl eines Mitgliedes in den Finanz-Ausschuß an Stelle des Abgeordneten Erber.

4. Wahl von drei Mitgliedern in den Unterrichts-Ausschuß an Stelle der Abgeordneten Erber, Robitz und Rektor Hauke.

5. Wahl eines Mitgliedes in den Petitions-Ausschuß an Stelle des Abg. Kunz.

6. Wahl eines Mitgliedes in den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten an Stelle des Abg. Kunz.

7. Wahl eines Mitgliedes in den Wasserrechtsausschuß an Stelle des Abg. S a g e n h o f e r.

Dann erste Lesungen; Verhandlungsgegenstände liegen mir keine vor.

8. Regierungsvorlage. Wasserrechtsgesetz. (Beilage Nr. 26.)

9. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die Einhebung von Abgaben zum Zwecke der Errichtung und Erhaltung öffentlicher Wasserleitungen. (Beilage Nr. 29.)

Ich möchte mir nur zu bemerken erlauben, daß ich die Berichte möglichst nach ihren Nummern, die sie tragen, aneinandergereiht habe und nur dort davon abgegangen bin, wo gleichmäßige Beilagen zusammenzuziehen waren.

10. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses zur Petition Nr. 91 ex 1909 des Anton L ä m m e l, Assistenten an der Landes-Zwangsarbeits- und Besserungs-Anstalt in Messendorf, um Verleihung der X. Rangsklasse ad personam. (Beilage Nr. 60.)

11. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend das Ansuchen der Witwe des gewesenen Hilfslehrers Ludwig S e i n i s s e r, Anna S e i n i s s e r, um eine Gnadenpension. (Beilage Nr. 64.)

12. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses betreffs Systemisierung der drei provisorischen Stellen der Weinbau-Instruktoren in der XI. Rangsklasse. (Beilage Nr. 69.)

13. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Landeshauptstadt Graz um Bewilligung zur Aufnahme eines Darlehens von 900.000 K zum Zwecke des Ankaufes der Althaller-Gründe. (Beilage Nr. 71.)

14. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend das Ansuchen der Stadtgemeinde Graz um Bewilligung einer Darlehensaufnahme zum Zwecke der Abstoßung der für die abgelösten Leichenbestattungs-Anstalten ausstehenden Kauffchillingsreste. (Beilage Nr. 72.)

15. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend das Ansuchen der landschaftlichen Bezirksstierarzte Witwe Johanna A u e r um Weiterbelassung des bisherigen Erziehungsbeitrages für ihre vier Kinder zweiter Ehe. (Beilage Nr. 73.)

16. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Landeshauptstadt Graz um Bewilligung zur Einhebung einer Luftbarkeitssteuer. (Beilage Nr. 79.)

17. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Einrechnung der vom Landeskommissär Dr. August S t e t t e n h o f e r im Dienste der Stadtgemeinde Graz und der vom Landeskommissär Dr. Ludwig R o b a n im Staatsdienste und im Dienste der Stadtgemeinde Graz vollstreckten Dienstjahre zum Behufe der seinerzeitigen Pensionsbemessung. (Beilage Nr. 85.)

18. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Schaffung einer Extrastatuten-Stelle für die VII. Rangsklasse im Landes-Sekretariate. (Beilage Nr. 86.)

19. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Gewährung einer Gnadengabe an den Hausarbeiter Johann E n g e l b o g e n. (Beilage Nr. 88.)

20. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Stadtgemeinde Graz um Bewilligung zur Aufnahme eines Darlehens von 4 Millionen Kronen. (Beilage Nr. 105.)

21. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Landeshauptstadt Graz um Bewilligung zur Erhöhung der für den städtischen Kranken- und Versorgungshaus-Fond eingehobenen Verlassenschaftsabgabe (des sogenannten Armenprozentes). (Beilage Nr. 106.)

22. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Gewährung einer Gnadenpension für Rosa F a b e r, Witwe nach Friedrich F a b e r, Kutscher der Landes-Irrenanstalt Feldhof. (Beilage Nr. 140.)

23. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Landeshauptstadt Graz um Bewilligung zur Forteinhebung eines 40prozentigen Zuschlages zur staatlichen Verzehrungssteuer. (Beilage Nr. 195.)

24. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Landeshauptstadt Graz um Bewilligung zur Forteinhebung einer Abgabe für Wein, Weinmost und Weinmaishe. (Beilage Nr. 227.)

25. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Errichtung eines Gewerbegerichtes in Judenburg. (Beilage Nr. 243.)

26. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Landeshauptstadt Graz um Genehmigung zur Überlassung eines der Stadtgemeinde gehörigen Grundes für die Erbauung der II. Staats-Realschule. (Beilage Nr. 244.)

27. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Rechnungsabschlusses über

die Verwaltung der steiermärkischen Landesfonde im Jahre 1911. (Beilage Nr. 248.)

28. Voranschlag der steiermärkischen Landesfonde für das Jahr 1913. (Beilage Nr. 249.)

29. Voranschlag der steiermärkischen Landesfonde für das Jahr 1914. (Beilage Nr. 274.)

30. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Rechnungsabchlusses über die Verwaltung der steiermärkischen Landesfonde im Jahre 1912. (Beilage Nr. 275.)

31. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses zum Gesetzentwurfe, betreffend die Erhöhung

der Landesauslage auf den Verbrauch von Bier. (Beilage Nr. 277.)

Ist hinsichtlich des von mir für die Abhaltung der nächsten Sitzung in Vorschlag gebrachten Tages, der für den Beginn der Sitzung in Aussicht genommenen Stunde und der mitgeteilten Tagesordnung etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Wenn sich keiner der Herren zum Worte meldet, so bleibt es dabei.

Ich erkläre nunmehr die Sitzung für geschlossen.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 20 Min. nachmittags.)